

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Heinz Brahm
Hans-H. Höhmann
Christian Meier

Sowjetische Politik heute
Probleme und Alternativen

Jürgen Dauth
Das „Dritte China“
Die Übersee-Chinesen
in Südostasien

ISSN 0479-611 X

B 40/78

7. Oktober 1978

Heinz Brahm, Dr. phil., geb. 1935 in Viersen, Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Trotzkijs Kampf um die Nachfolge Lenins, Köln 1964; Pekings Griff nach der Vormacht, Köln 1966; Der Kreml und die ČSSR 1968—1969, Stuttgart 1970; (Hrsg.) Opposition in der Sowjetunion, Düsseldorf 1972; Der sowjetisch-chinesische Konflikt, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Außenpolitik, Bd. 2, Köln—Wien 1976.

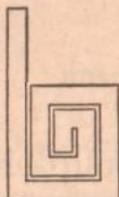
Hans-Hermann Höhmann, Dr. rer. pol., geb. 1933 in Kassel, Wissenschaftlicher Oberrat im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Wandlungen im sozialistischen Wirtschaftssystem? — Modell und Wirklichkeit osteuropäischer Wirtschaftsreformen, Bonn 1970; Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel, 2 Bände, Freiburg 1972 (Co-Autor und Mithrsg.), englische Ausgabe 1975; Die Wirtschaft Osteuropas und der VR China 1970—1980. Bilanz und Perspektiven, Stuttgart 1978 (Co-Autor und Hrsg.).

Christian Meier, Dipl.-Politologe, geb. 1939 in Friedland/ČSSR, wissenschaftlicher Referent im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Trauma deutscher Außenpolitik. Die sowjetischen Bemühungen um die internationale Anerkennung der DDR, Stuttgart 1968; Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation, Köln 1973 (Co-Autor und Mithrsg.); Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1973—1975/78. Analyse und Dokumentation, Köln 1978 (Co-Autor und Mithrsg.).

Jürgen Dauth, geb. 1941 in Frankfurt/M., Studium der Missionstheologie in Wuppertal; seit 1968 Journalist; journalistische Studienreisen nach Afrika und Westasien; seit 1975 Rundfunk- und Zeitungskorrespondent für Südostasien mit Sitz in Kuala Lumpur/Malaysia.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sowjetische Politik heute

Probleme und Alternativen *)

I. Probleme der sowjetischen Innenpolitik

Das Entstehen einer neuen Ideologie

60 Jahre nach der russischen Revolution, 25 Jahre nach dem Tode Stalins und 13 Jahre nach dem Sturz Chruschtschows ist die Sowjetunion weit entfernt von den ursprünglich egalitären Vorstellungen eines Lenin, weit auch entfernt vom Massenterror der dreißiger Jahre und schließlich auch entfernt von der zeitweiligen Aufbruchstimmung unter Chruschtschow. Die UdSSR hat sich von Etappe zu Etappe in eine Richtung entwickelt, die von keinem der Parteiführer vorausgesehen oder gewollt war. Die Geschichte der UdSSR ist ein Schulbeispiel dafür, wie eine Ideologie unter dem Druck gesellschaftlicher Kräfte und äußerer Faktoren aus der vorherbestimmten Bahn herausgetragen wird.

Charakteristisch für die Sowjetunion von heute ist die Ideologiemüdigkeit. Aus vielen Indizien, Berichten und Klagen ergibt sich, daß der Marxismus-Leninismus nicht mehr auf fruchtbaren Boden fällt. Sacharow glaubte, schon von einem Absterben der offiziellen Ideologie sprechen zu können¹⁾. Solschenizyn hat die sowjetische Führung aufgefordert, den Marxismus-Leninismus preiszugeben, da dieser nur noch eine überflüssige Theatersäule sei. Man mag dies für Übertreibungen der Dissidenten halten. Aber auch der ZK-Sekretär Demitschew hat schon vor Jahren eingeräumt, daß sich in der Jugend Nihilismus und Nörgelei ausbreiteten²⁾. Stand die Jugend in den ersten Jahren und Jahrzehnten nach der Oktoberrevolution in großer Mehrheit hinter den Kommunisten, so ist der Kommunismus heute mehr eine Sache der Älteren geworden. Angesichts des steigenden Informationsbedürf-

nisses der sowjetischen Jugend sind die offiziellen Erklärungen zum Phänomen des Stalinismus, zur wirtschaftlichen Überlegenheit des Westens, zur Entstehung des Maoismus und des Eurokommunismus geradezu simpel, kaum noch akzeptabel.

Die Erosion der sowjetischen Ideologie bedeutet allerdings nicht, daß die Fundamente der UdSSR erschüttert seien. Der Marxismus-Leninismus hat lediglich an Zugkraft verloren, aber er behält natürlich seinen Rechtfertigungscharakter. Am Beispiel der italienischen Kommunisten kann man ablesen, wie lange es dauert, bis sich Bewußtseinsänderungen auch in der Praxis niederschlagen. Für die sowjetische Führung ist der ideologische Glaubensverlust gegenwärtig durchaus nicht bedrohlich, weil in das Vakuum ein kräftiger Sowjetpatriotismus, eine Begeisterungsfähigkeit für die Technik und nicht zuletzt ein starkes Konsumentendenken nachgewachsen sind. Vor allem die Großrussen werden sich, wenn schon nicht mit der KPdSU, so doch mit ihrem Staat identifizieren. Man hat den Eindruck, daß neben dem Mythos der Oktoberrevolution ein neuer Mythos an Bedeutung gewonnen hat, ein Mythos der militärischen Stärke, der auf den Siegen des Zweiten Weltkrieges basiert. Das einst so mächtige und gefürchtete Deutschland konnte geschlagen werden, Frankreich und England büßten ihre alte Weltstellung ein. Während alle Kolonialreiche zerfielen, konnte die Sowjetunion ein Imperium begründen, die sogenannte sozialistische Gemeinschaft. Politisch wie militärisch ist die Sowjetunion eine Supermacht, die nur noch die USA als überlegen oder ebenbürtig anerkennen muß.

Wachsender Lebensstandard und konservative Grundhaltung

Auch wirtschaftlich, so suggeriert die sowjetische Propaganda ihrer Bevölkerung, sei die UdSSR in einem unaufhaltsamen Aufstieg be-

*) Dieser Aufsatz wird auch im Heft 63 der Deutschen Studien veröffentlicht.

¹⁾ Andrej Sacharow, *O strane i mire*, New York 1976, S. XV.

²⁾ Alexander Solschenizyn, *Die Eiche und das Kalb*, Darmstadt 1975, S. 118.

griffen. Da man in Moskau in der Regel keine konkreten Vergleichsmöglichkeiten mit westlichen Ländern hat, werden die Erfolgsmeldungen der Sowjetwirtschaft mehr oder weniger geglaubt. Für den einfachen Sowjetbürger ist es ein Grund zur Zufriedenheit oder sogar zum Stolz, wenn er hört, daß sein Land keine Krisen, keine Inflation und keine Arbeitslosen kennt, und daß die Sowjetunion heute bereits der größte Produzent von Erdöl, Kohle und Stahl ist. Er mißt die Effektivität der Wirtschaft vor allem am eigenen Lebensstandard, der unverkennbar, wenn auch langsam wächst. Die Durchschnittsgröße der Wohnungen war Ende der fünfziger Jahre 42 qm. Sie erhöhte sich 1975 auf 49 qm³⁾. Fernsehapparate, Waschmaschinen und Kühlschränke sind für den Sowjetbürger schon keine unerreichbaren Ziele mehr. Allerdings sind die Güter des gehobenen Bedarfs erheblich teurer als in den westlichen Staaten. Für einen Anzug muß ein Moskauer Arbeiter 106 Stunden, für eine Waschmaschine 432 Stunden arbeiten⁴⁾. Störend werden allerdings die Knappheit an hochwertigen Waren und die Umständlichkeit des Einkaufs empfunden. Die sowjetische Hausfrau muß täglich zwei bis drei Stunden für den Einkauf opfern.

Die breite Masse der Bevölkerung scheint sich mit ihrer gegenwärtigen Lage durchaus abgefunden zu haben. Sie läßt jedenfalls wenig Neigung erkennen, offen gegen die Mißstände im Land zu opponieren. Der Kommunismus in der Sowjetunion ist ein nationales Gewächs, das nicht von außen eingeführt worden ist wie in der DDR, in Polen oder Ungarn. Er hat daher im Land auch tiefere Wurzeln geschlagen als in den genannten sozialistischen Ländern. Das steht nicht im Gegensatz zu der Annahme, daß der Marxismus-Leninismus seine Gewalt über die Bevölkerung zu verlieren beginnt.

Die Bevölkerung ist von Kindesbeinen an zum Stillhalten und zum Konformismus erzogen; sie ist konservativ und nationalbewußt. Wir wissen, welche Überwindung es selbst einen Sacharow oder einen Solschenizyn gekostet hat, bis sie sich mit ihren Problemen an die Weltöffentlichkeit wandten. Zudem aber wirkt auch heute noch die Schreckstarre der Stalinzeit nach. Es ist noch nicht vergessen, wie die Väter und Großväter der heutigen Generation li-

quidiert worden sind. Das gegenwärtige kommunistische Regime hat subtilere Methoden, um die Bevölkerung bei der Stange zu halten. Durch Ermahnungen, Drohungen und Entzug von Privilegien können Widerspenstige in der Regel schon diszipliniert werden. Die Wenigsten dürften bereit sein, nach Jahren schlimmster Entbehrungen wegen einiger unvorsichtiger Äußerungen den beginnenden Lebensstandard aufs Spiel zu setzen. Die sowjetischen Intellektuellen, die die politische Rückständigkeit des Landes am ehesten kennen dürften, sind vergleichsweise privilegiert und scheinen davon auszugehen, daß die Zeit noch nicht reif ist für offene Kritik.

Die Dissidenten

Es bedarf schon eines ungewöhnlichen Mutes, wenn einzelne Sowjetbürger es dennoch wagen, dem kommunistischen Regime entgegenzutreten. Es war daher sensationell, daß sich seit Anfang der sechziger Jahre die bis dahin kahle politische Bühne in der Sowjetunion plötzlich mit unterschiedlichen Gruppen von Nonkonformisten, Regimekritikern und Rebellen belebte. Noch überraschender war, daß viele dieser Dissidenten weder durch Lagerhaft noch durch Einweisungen in psychiatrische Kliniken zum Schweigen gebracht werden konnten. Im engeren Sinne versteht man unter Dissidenten vor allem die Reformkommunisten, die in Roy Medwedjew ihren Sprecher gefunden haben, die Liberalen, als deren bekanntester Repräsentant Andrej Sacharow gelten kann, und schließlich die Christlich-Nationalen mit Solschenizyn als Zentralfigur. Allen diesen oppositionellen Kräften war und ist der Wunsch nach mehr Rechtsstaatlichkeit und nach mehr Demokratisierung gemeinsam. In jüngster Zeit haben sich die Dissidenten vor allem in den sogenannten Helsinki-Komitees zusammengeschlossen, die sich den Schutz der Menschenrechte zum Ziel gesetzt haben.

Sehr groß ist die Zahl derer, die offen und kompromißlos gegen die Mißstände in der Sowjetunion zu Felde gezogen sind, nie gewesen. In den vergangenen Jahren dürften schätzungsweise 1 000—2 000 aktive Menschenrechtskämpfer in Erscheinung getreten sein. Der Widerstand der Dissidentengruppen ist jedoch in letzter Zeit merklich schwächer geworden. Die sowjetischen Behörden haben viele Dissidenten ausreisen lassen, andere abgeschoben oder inhaftiert. Nur noch wenige Regimekritiker befinden sich heute auf freiem

³⁾ Sowjetunion 1976/77, hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien Köln, München 1977, S. 172.

⁴⁾ U.S. News & World Report, 24. 10. 1977, S. 53.

Fuß. Wie weit man aber auch den Spielraum für oppositionelles Denken wieder einengen wird, es darf als sicher gelten, daß über kurz oder lang eine neue Generation von Dissidenten heranwachsen wird.

Das Potential nonkonformen Verhaltens

Sieht man von den Dissidenten ab, so ist das Potential nonkonformen Verhaltens und kritischen Denkens in der Sowjetunion allerdings noch immer groß, in Zukunft vielleicht sogar explosiv. Den gefährlichsten Nährboden für oppositionelle Strömungen bildet ohne Frage das Nationalitätenproblem. Die Großrussen dürften heute nur noch die Hälfte der sowjetischen Bevölkerung ausmachen, halten allerdings die politischen Schlüsselstellungen in Moskau. Auf das politische und kulturelle Übergewicht der Russen reagieren die größeren und traditionsreichen Nationalitäten mit einem prononcierten Nationalgefühl. Die Ukrainer kämpfen schon seit Jahrzehnten um ihre nationale Identität. Tausende von Krimtataren haben in Petitionen die Rückkehr in ihre angestammte Heimat verlangt. Viele Sowjetjuden fühlen sich diskriminiert. Die baltischen und kaukasischen Völker betonen, sofern sich nur die Gelegenheit bietet, ihre Eigenständigkeit. Die Sowjetunion ist noch weniger als die USA ein Schmelztiegel der Völker. Es gibt westliche Beobachter, die die Spannungen unter den Nationalitäten für das größte Problem Moskaus in den kommenden Jahren halten.

Ungeachtet der massiven atheistischen Propaganda hat sich die Religion in der Sowjetunion behaupten können. Unter Intellektuellen ist die Hinwendung zur Religion keine Seltenheit mehr. Man denke etwa an Swetlana Allilujewa, die Tochter Stalins, an Solschenizyn, Maximow oder Sinjowski. Auch in der Jugend wächst das Interesse an Religion, allerdings auch an Spiritismus und Mystizismus. Die orthodoxe Kirche hat zwar den Ausgleich mit der Staatsmacht vollzogen, aber nicht alle Gläubigen billigen diesen Schritt. Verfolgt werden auch heute noch jene religiösen Gemeinschaften, die sich nicht anpassen wollen: die Baptisten, Katholiken, Pfingstler, Buddhisten.

Neben den Nationalitäten und den Religionsgemeinschaften ist die Intelligenz die dritte kritische Gruppe. Zugleich bietet sie auf lange Sicht auch die Hoffnung auf eine langsame Reform in der Sowjetunion. Für die breite

Masse der sowjetischen Bevölkerung mag die geistige Freiheit noch nicht so ausschlaggebend sein, für die Intellektuellen ist sie unabdingbar. Viele Sowjetwissenschaftler sind schon längst aus dem engen Dogmatismus herausgewachsen. Sie haben mehr Daten und Fakten zur Verfügung als der Prawda-Leser, sie sind sich daher auch am ehesten bewußt, in welcher Unwissenheit die breite Bevölkerung lebt. Gegenwärtig hat man in Moskau allerdings das Heft noch fest in der Hand. Die KPdSU mit ihren 16 Millionen Mitgliedern hat ein dichtes Netz der Kontrolle über das ganze Land gebreitet und ist mit dem KGB und den Streitkräften nach wie vor eine einschüchternde Macht. Der KGB, dem die heimlichen Verschiebungen im Lande, in den Nationalitäten, in der Intelligenz und in der Jugend kaum entgangen sein dürften, greift nur in solchen Fällen ein, wo eine bestimmte Grenze der Unbotmäßigkeit überschritten wird. Die Streitkräfte sind genauso wie der KGB der politischen Führung untergeordnet. Sie können keine eigenständige Politik betreiben. Wohl können sie als Interessengruppe bestimmte Ziele verfolgen und sich die Zustimmung zum politischen Kurs der Partei durch finanzielle Zuwendungen an den Rüstungs- und Militärssektor honorieren lassen.

Der engste Kreis der Macht

Die eigentlichen Grundsatzentscheidungen sind den Politikern vorbehalten, einem kleinen Kreis von etwa drei Dutzend Männern. Diese kleine Führungsmannschaft hat in der Ägide Breshnews größten Wert auf Geschlossenheit und Stabilität gelegt. Seit 1964 befinden sich Breshnew als Parteiführer und Kossygin als Ministerpräsident in ihren Ämtern. Erst in den letzten Jahren hat es in der Parteispitze größere Verschiebungen gegeben, als deren letzte der Abgang Podgornys als Staatsoberhaupt gelten muß. Generalsekretär L. Breshnew besaß und besitzt eine solche Autorität, daß seine Position offensichtlich nie ernsthaft in Gefahr war. Er ist eine Integrationsfigur für die verschiedensten Gruppen in der Partei.

Obwohl der jetzt 71jährige Breshnew offensichtlich nicht in bester gesundheitlicher Verfassung ist, scheint man bislang jedenfalls ein großes Interesse daran zu haben, ihn so lange wie nur möglich in seinen Ämtern zu halten, ja man traute ihm im letzten Jahr sogar noch die Übernahme des höchsten Staatsamtes zu. Es drängt sich geradezu der Eindruck auf, daß

es der KPdSU schwerfällt, einen vollwertigen Ersatz für den alternden Generalsekretär zu finden.

Unabhängig davon, ob und wie ernst Breshnew erkrankt ist, muß man damit rechnen, daß die Ära Breshnew zu Ende geht. Breshnew wird in diesem Jahr 72 Jahre, A. Kossygin ist 74, M. Suslow 75 und A. Pelsche sogar 79 Jahre. Noch nie in der Geschichte der KPdSU hat es eine solche Überalterung in der Parteiführung gegeben. Das Durchschnittsalter im 13köpfigen Politbüro beläuft sich auf 68 Jahre. Es hat sogar den Anschein, daß man jüngere Politbüromitglieder bewußt aus dem engsten Kreis der Macht verdrängt hat. So kann verhältnismäßig bald der Fall eintreten, daß infolge von Tod und Krankheit die politische Führung der Sowjetunion zu großen Teilen ausgewechselt werden muß.

Alternativen zum gegenwärtigen Kurs

Da die gegenwärtige Parteiführung sich in den letzten Jahren nicht durch eine große Innovationsbereitschaft ausgezeichnet hat, könnten die künftigen Politiker versuchen, einige Probleme, die man jetzt auf die lange Bank geschoben hat, neu anzupacken. Vor allem in der Innenpolitik könnten neue Wege gesucht werden. In der Außenpolitik wäre ein Kurswechsel wahrscheinlich riskanter. Man kann sich angesichts der angestregten Wirtschaftslage nicht auf ein endloses Wettrüsten mit den USA einlassen. Drei Problemkreise dürften den sowjetischen Politikern großes Kopfzerbrechen bereiten:

1. Die Wirtschaft. Von der sowjetischen Bevölkerung kaum erkannt, von der Führung aber immer deutlicher gesehen, ist die Sowjetunion an die Grenzen ihres extensiven wirtschaftlichen Wachstums gestoßen.
2. Die Außenpolitik. Die Ergebnisse der Détente werden in bestimmten Kreisen der Sowjetunion heute wohl mit einiger Sorge beobachtet.
3. Der internationale Kommunismus. Moskau weiß nur noch wenige kommunistische Parteien hinter sich. Die zentrifugalen Kräfte im Weltkommunismus konnten nicht gebremst werden. Der Eurokommunismus erwies sich als die größte Herausforderung der KPdSU in den jüngsten Jahren.

Die Nachfolge Breshnews

Es läßt sich kaum voraussagen, wer der Nachfolger oder — falls es zu einer kollektiven Führung kommen sollte — die Nachfolger Breshnews sein wird bzw. sein werden. Theoretisch wären vier Linien denkbar, die nach dem Abgang Breshnews verfolgt würden:

1. Der Kurs der Verhärtung. Angesichts der schleichenden Aufweichungserscheinungen in der Sowjetunion und in den vorgelagerten osteuropäischen Staaten könnten bestimmte Kreise daran interessiert sein, den von Moskau kontrollierten Machtbereich zu redziplinieren und stärker gegen alle westlichen Einflüsse zu sichern. Eine solche Politik würde wahrscheinlich die Kooperation mit dem Westen beeinträchtigen, zu einem verstärkten Wettrüsten führen, für die sowjetische Wirtschaft nur nachteilig sein.

2. Die zweite Variante bestünde in einer Verhärtung der sowjetischen Innenpolitik bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Außenpolitik.

3. Die dritte Alternative zum Breshnew-Kurs wäre ein kühner Sprung vorwärts. Sie würde eine wachsende Auflockerung in der Innenpolitik bedeuten, den Ausgleich mit dem Eurokommunismus, Duldung eines nationalen Wegs in Osteuropa. Mit einer solchen Politik würde die Sowjetunion international an Ansehen gewinnen. Diese Alternative hat allerdings keine große Wahrscheinlichkeit.

4. Die vierte Linie, die die Erben Breshnews einnehmen könnten, läge im Status quo, der allerdings einige Kurskorrekturen nicht auszuschließen braucht. Aus wirtschaftlichen Gründen wäre ein Festhalten an der Détente für die Sowjetunion am vorteilhaftesten. Das gegenwärtige ZK und auch das Politbüro wird von Anhängern Breshnews bzw. A. Kirilenkos dominiert. Daran wird sich ganz sicher im ZK nach dem Ausscheiden Breshnews nichts ändern, am ehesten könnte es zu einer langsamen Gewichtsverlagerung im Politbüro kommen. Angesichts der augenblicklichen Stärke von Breshnews Anhang scheint vieles für die Kontinuität der Außenpolitik zu sprechen.

Nach einer ungeschriebenen Regel hatte in der Sowjetunion immer der ranghöchste Sekretär des ZK die besten Aussichten, Parteichef der KPdSU zu werden. Der ranghöchste Partei-

sekretär (nach Generalsekretär Breshnew) ist allerdings noch älter als Breshnew selbst: Suslow, der bald 76 Jahre wird. Er kommt also kaum ernsthaft für die Nachfolge in Frage. Kirilenko, der 3. ZK-Sekretär, ist 72 Jahre, hätte aber vielleicht noch Chancen, wenn Breshnew in Kürze die Zügel aus der Hand legte. An vierter Stelle in der Hierarchie der ZK-Sekretäre steht nach dem plötzlichen Tod des 60jährigen F. Kulakow im Juli 1978 Ponomarjow, der im Januar nächsten Jahres 74 Jahre wird. Angesichts der Überalterung dieser Führungsmannschaft ist nicht auszuschließen, daß sich der Übergang zum neuen Parteichef nicht

so geordnet vollzieht, wie es die KPdSU wünschen dürfte. Die Nachfolge Breshnews stellt somit die Führung der KPdSU vor eine Reihe von Problemen. Niemand dürfte imstande sein, Breshnew voll und ganz zu ersetzen. So scheint eine kollektive Führung die wahrscheinlichste Lösung zu sein. Nur eine starke Persönlichkeit an der Spitze der Partei würde jedoch maßgebende Einflüsse auf das Schicksal des Landes nehmen können. Die dringenden Probleme werden sicher nicht unmittelbar nach dem Ausscheiden Breshnews angepackt werden, sondern wahrscheinlich erst nach zehn oder zwanzig Jahren.

II. Lage und Entwicklungsperspektiven der sowjetischen Wirtschaft

Die sowjetische Wirtschaft im 10. Planjahrünft (1976—1980)

Die wirtschaftliche Entwicklung der UdSSR in den Jahren 1976—1978 signalisiert ernsthafte Wachstumsstörungen. Die gegenüber der Vergangenheit bereits reduzierten Wachstumsziele des 10. Fünfjahresplans konnten in vielen Wirtschaftsbereichen nicht erfüllt werden⁵⁾. Dies gilt für das Nationaleinkommen insgesamt ebenso wie für die wichtigsten Positionen auf der Entstehungsseite (Industrieproduktion, Agrarproduktion, Bau- und Verkehrsleistungen), der Verwendungsseite (persönlicher Verbrauch) und der Verteilungsseite (Löhne im staatlichen Sektor). Nimmt man den Jahresplan 1978 hinzu, so schwanken die Wachstumsraten des sowjetischen Nationaleinkommens in den fünf Jahren zwischen 1974 und 1978 von 3,5 % bis 5 %. Ein so langsames Entwicklungstempo über eine mittelfristige Periode hinweg hatte die sowjetische Wirtschaft noch nicht zu verzeichnen.

Schwerwiegender als das Verfehlen einzelner Planziele ist, daß die Grundkonzeption des 10. Fünfjahresplans aller Voraussicht nach

nicht verwirklicht werden kann. Diese Konzeption bestand darin, bei starker Drosselung des Investitionswachstums rasche Produktivitätssteigerungen zu erreichen und unter der Devise „Fünfjahresplan der Qualität und Effizienz“ (Breshnew) den lange schon fälligen Übergang zu einem überwiegend intensiven Wachstumsprozeß zu vollziehen⁶⁾. Tatsächlich blieb der extensive Charakter der wirtschaftlichen Entwicklung in stärkerem Ausmaß als geplant erhalten. Dies bedeutet, daß mehr Kapital und Arbeit eingesetzt werden mußten als ursprünglich vorgesehen, um die entstandene Produktivitätslücke zu schließen. Dies gelang allerdings nur zum Teil.

Wachstumsgrenzen werden enger

Auf längere Sicht ist eine solche Politik nicht durchzuhalten, denn die traditionellen Wachstumsfaktoren der extensiven Phase: Arbeit, Kapital und Natur werden zunehmend knapper. Die Knappheit der Arbeitskräfte vergrößert sich infolge einer Scherenentwicklung zwischen anhaltend hoher Nachfrage und dem im Wachstumstempo stark abgebremsten Arbeitsangebot (Rückgang der „klassischen“ Re-

⁵⁾ Vgl. H.-H. Höhmann/G. Seidenstecher, Halbzeitbilanz des 10. Planjahrünfts, Wachstumsgrenzen der sowjetischen Wirtschaft werden enger, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln 1978, Nr. 8.

⁶⁾ L. I. Breshnew, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, XXV. Parteitag der KPdSU, Moskau 1966, S. 62 ff.

serven ländlicher und in der Hauswirtschaft tätiger Bevölkerung, Verlängerung der Ausbildungszeit, Rückgang des Bevölkerungswachstums und Verlagerung nach Sowjetmitteleuropa und in den Transkaukasus). Die Knappheit des Kapitals vergrößert sich aufgrund der abnehmenden Wachstumsdynamik der Gesamtwirtschaft. So sah der 10. Fünfjahresplan eine Halbierung des Investitionswachstums vor. Andererseits bleibt der Kapitalbedarf außerordentlich hoch (Ostverlagerung der Wirtschaft, Überalterung der betrieblichen Ausrüstungen, aufwendige wirtschaftliche und soziale Infrastruktur, wachsende Ansprüche des tertiären Sektors). Was schließlich den Faktor Natur betrifft, so sind ungenutzte Böden kaum noch vorhanden, Rohstoffe und Energieträger werden knapper und teurer, Umwelt muß bewirtschaftet werden. Auch in der UdSSR ist ein Stand der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht, der Umweltschutz (abgesehen von seiner Bedeutung für die Bevölkerung) mehr und mehr zur Voraussetzung von Produktionssteigerungen macht.

Im Zusammenhang mit dem Produktionsfaktor Natur müssen Ertragsschwäche und Ertragslabilität der sowjetischen Landwirtschaft erörtert werden⁷⁾. Diese sind auf eine Reihe von Ursachen zurückzuführen: Klimabedingungen, Bodenqualität, unzureichende Kapitalausstattung, schwache Infrastruktur, begrenzte Verarbeitungskapazitäten, starres Planungssystem, nicht optimale Betriebsgrößen, Arbeitskräfteprobleme. Aus der Landwirtschaft kommen immer noch ca. 20 % des Nationaleinkommens. Das macht diesen Wirtschaftszweig zur chronischen Wachstumsbremse für die Gesamtwirtschaft. Nur eine umfassende Förderung der Landwirtschaft (Kapitalbildung, materielle Anreize, Qualifizierung der Arbeitskräfte, Elastizität der Planung und dgl.) könnte sie zum Wachstumsreservoir machen. Für eine solche Politik gibt es gegenwärtig keine Anzeichen. Im Gegenteil: der Anteil der Landwirtschaft an den Investitionen geht wieder zurück. Vertrauen auf den Wettergott ist aber allenfalls vorübergehend Ausdruck einer rationalen Agrarpolitik.

⁷⁾ Vgl. Jahresbericht Sowjetunion 1975/76, hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München 1976, S. 115 f.

Der Rückgang der Wachstumsrate wirft die Frage auf, ob dem Konsum- und Rüstungssektor Mittel entzogen werden können, um das Wachstumstempo der Wirtschaft wieder zu beschleunigen. Dies ist nur sehr begrenzt möglich. Die Hoffnungen, die die sowjetische Führung mit dem Konsumprogramm des 9. Fünfjahresplans geweckt hatte, der immer noch niedrige Lebensstandard, die Bedeutung des Konsums für die Verbesserung der Arbeitsmotivation, das Einwirken von internationalen Demonstrationseffekten, die Lehren, die in Polen aus der Unzufriedenheit der Konsumenten gezogen werden mußten, all das läßt den Schluß zu: Wachstum des Konsums ist zunehmend Bedingung für wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität. Eine Vernachlässigung des Verbrauchs zugunsten der Kapitalbildung läßt sich heute kaum noch durchsetzen. Eine nachhaltige Reduzierung der Rüstungsbelastung aus vorwiegend ökonomischen Gründen ist auch im Falle ernsthafter Wachstumsschwierigkeiten nicht zu erwarten⁸⁾. Dazu ist der Wachstumseffekt einer Umleitung von Mitteln aus dem militärischen in den zivilen Sektor der Wirtschaft zu gering, sofern man nicht im Zuge einer umfassenden Abrüstung bereit wäre, die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR ernsthaft in Frage zu stellen. Im Hinblick auf die Stellung der Sowjetunion in der Weltpolitik ist es auch bei wirtschaftlichen Wachstumsschwierigkeiten sinnvoller, durch eine starke Rüstung die Rolle der militärischen Großmacht zu sichern, als auf die begrenzten und ungewissen wirtschaftlichen Gewinne einer Abrüstung zu setzen.

Engpaß Produktivitätssteigerung

Angesichts der Engpässe bei den Faktoren Arbeit, Kapital und Natur hängt die Zukunft der sowjetischen Wirtschaft in der Tat von „Qualität und Effizienz“, d. h. von Produktivitätssteigerungen ab. Heute ist der Beitrag des Faktors Produktivität zum wirtschaftlichen Wachstum in der UdSSR verglichen mit westlichen Industrieländern gering. Aufgrund der

⁸⁾ Vgl. zur Rüstungsbelastung der sowjetischen Wirtschaft: H. Bergendorf/P. Strangert, *Projections of Soviet Economic Growth and Defense Spending*, in: *Soviet Economy in a New Perspective*, Joint Committee Print, Washington 1976, S. 394 ff.

derzeitigen Wachstumsschwäche steht die sowjetische Führung vor der dringenden Aufgabe, die Bedeutung der Produktivität als Wachstumsfaktor nachhaltig zu verstärken. Vier Ansätze hierfür stehen zur Verfügung: Motivationsverbesserungen bei der Bevölkerung, technischer Fortschritt im Innern, Zusammenarbeit mit westlichen Industrieländern, umfassende Reformen des Planungssystems. Keiner dieser Ansätze verspricht in absehbarer Zeit wirkliche Erfolge.

Die Motivation der Bevölkerung leidet unter der chronischen Frustration durch unbefriedigende Versorgung⁹⁾. Dieser beeinträchtigt die stimulierende Wirkung des „Prinzips der materiellen Interessiertheit“. Der Rückgriff auf „moralische Stimuli“ (Propagierung ideologischer Leitbilder, z. B. einer „sozialistischen Lebensweise“, Kampagnen der Partei und der Gewerkschaften und dgl.), wie er für die Gegenwart kennzeichnend ist, trifft auf ein unverkennbares Desinteresse der Bevölkerung, auf eine wachsende „Entideologisierung von unten“. Ein Wandel in der Arbeitsmotivation ist nicht zu erwarten.

Im Bereich des technischen Fortschritts sind begrenzte Verbesserungen möglich. Doch stehen raschen, strukturverändernden Wandlungen immer noch Aufbau und Arbeitsweise des sowjetischen Planungssystems im Wege. Immer noch gibt es organisatorische Barrieren zwischen Forschung, Entwicklung und Produktion. Immer noch ist der Anreiz für die Betriebe, Produkt- und Prozeßinnovationen vorzunehmen, zu gering. Technische Neuerungen sind mit Risiken verbunden und können die Planerfüllung gefährden. Insgesamt dürfte die traditionelle Innovationsschwäche des sowjetischen Wirtschaftssystems im Prinzip bestehen bleiben. Beziehungen zu westlichen Industrieländern bieten auch in Zukunft Möglichkeiten, Angebotslücken zu schließen und der sowjetischen Wirtschaft moderne Technologie zuzuführen. Das Wachstum der wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen hat sich allerdings gegenüber der boomhaften Entwicklung in den frühen siebziger Jahren wieder verlangsamt, wenn sich auch im ersten Halb-

jahr 1978 die Importe aus westlichen Ländern wieder belebt haben. Gleichzeitig hat der Ausbau der Zusammenarbeit mit den RGW-Ländern Vorrang erhalten. Ursächlich für das insgesamt immer noch gebremste Wachstum des West-Handels sind das sowjetische Bestreben, bestehende Ungleichgewichte angesichts wachsender Verschuldung und anhaltender Exportschwäche abzubauen — und möglicherweise auch die Einsicht in den zwar vorhandenen aber doch begrenzten Wert westlicher Technologie- und Ausrüstungsimporte. Fallende Wachstumsraten bei zunehmender westwirtschaftlicher Verflechtung zeigen, daß das Produktivitätsproblem nur binnenwirtschaftlich lösbar ist, mag auch der Außenhandel einen begrenzten Beitrag dazu leisten.

Tendenzen der Reformpolitik

Mit dem Stichwort „binnenwirtschaftlich lösbar“ ist das Reformproblem in der sowjetischen Wirtschaft angesprochen. Welcher Kurs der Reform ist gegenwärtig erkennbar? Es zeigt sich, daß die Maßnahmen der sowjetischen Wirtschaftspolitik nach wie vor am Leitbild einer aufgelockerten, rationalisierten behördlichen Planwirtschaft orientiert sind, wie es seit Mitte der sechziger Jahre bestimmend ist. Das bedeutet, daß begrenzte Reformen innerhalb der Verwaltungsstruktur (Bildung von Industrie- und Produktionsvereinigungen), der Planungsmethodik (mathematische Modelle, EDV) und der Betriebsplanung (Änderungen im Kennziffersystem) vorgenommen werden. Eine tiefgreifende Reform — etwa im Sinne einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ — ist dagegen auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Damit bleiben aber auch die Erfolge der Reformpolitik begrenzt.

Die Ursachen für die Begrenzung der Reformpolitik liegen im wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Bereich¹⁰⁾. Wirtschaftlich ist das Risiko einer umfassenden Reform in einem so unausgeglichene Land wie der UdSSR sehr groß (Wachstums- und Stabilitätskrisen). In politischer Hinsicht ist das traditionelle System der Planwirtschaft zunächst auch ein wirksames Sy-

⁹⁾ Vgl. H.-H. Höhmann/G. Seidenstecher, Konsum und Wirtschaftsplanung in der UdSSR, in: Osteuropa-Wirtschaft, H. 3/1977, S. 209 ff.

¹⁰⁾ Vgl. H.-H. Höhmann, UdSSR: Wirtschaftspolitik ohne Alternative, in: Außenpolitik, H. 1/1977, S. 40 ff.

stem der Machtausübung, auf das die Partei nur ungerne verzichten dürfte. Es erlaubt zugleich ein Gegensteuern gegen Autonomiebestrebungen der sowjetischen Nationalitäten und ist schließlich auch ein bewährtes Instrument zur Sicherung sowjetischer Hegemonie im RGW-Bereich. Gesellschaftlich wirken sich die „vested interests“ der Partei- und Staatsbürokratie gegen eine umfassende Reform aus. Ideologisch begrenzen vor allem das Planbarkeits- und das Harmoniepostulat die Möglichkeiten, einen marktwirtschaftlichen Mechanismus einzuführen. Denn Marktwirtschaft würde ja ein hohes Maß an Nicht-Planbarkeit mit sich bringen und zugleich Interessendivergenzen in der sozialistischen Gesellschaft der UdSSR deutlich machen.

Der enge Reformspielraum und auch die eingeschränkten Möglichkeiten, die Produktivität

der sowjetischen Wirtschaft auf andere Art zu erhöhen, legen den Schluß nahe, daß es zu dem reduzierten Wachstumstempo der sowjetischen Wirtschaft auf absehbare Zeit keine Alternative gibt. Nach dem westlichen Sozialproduktkonzept dürfte das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der UdSSR im kommenden Jahrzehnt zwischen 3 und 4 % liegen. Der enge Reformspielraum bedeutet aber auch, daß von der Wirtschaft keine starken Impulse für eine gesellschaftlich-politische Reform zu erwarten sind, wie sie etwa im „Prager Frühling“ sichtbar wurden oder — auf eine weniger spektakuläre aber deutlich vernehmbare Weise — in Ungarn wirken. Die struktur- und systembedingte Immobilität der sowjetischen Wirtschaftspolitik wirkt zugleich als konservierendes Element einer autoritären politischen und gesellschaftlichen Ordnung.

III. Tendenzen sowjetischer Außenpolitik 1976—1978

Moskau und die sozialistischen Staaten Osteuropas

Seit Ende der 60er Jahre bemüht sich die Sowjetunion, die umfassende Integration der sozialistischen Staaten Osteuropas zu vertiefen und Destabilisierungserscheinungen in diesem Raum einzudämmen.

Osteuropa ist und bleibt wichtigster Regionalbereich der sowjetischen Außenpolitik, und zwar nicht nur aus geographisch-strategischen Erwägungen, sondern auch wegen der angestrebten ökonomischen Integration dieser Staaten auf der Grundlage des Bukarester Komplexprogramms von 1971. Ferner ist die Kontrolle dieses Raumes notwendig im Hinblick auf den sowjetischen Führungsanspruch im gesamten kommunistischen Staatensystem. Die Kreml-Führung konzentrierte sich 1976/78 auf den institutionellen Ausbau der politischen Organe für die koordinierte Außen- und Sicherheitspolitik der WPO-Staaten. Gemäß den Beschlüssen der Bukarester PBA-Tagung (PBA = Politisch-Beratender Ausschuß, das höchste politische Gremium des Warschauer Paktes) vom 26. November 1976 wurden ein Komitee der Außenminister und ein Vereinigtes Sekretariat beim PBA geschaffen. Auf der

Belgrader KSZE-Folgekonferenz blieb Rumänien außerhalb kollektiver Absprachen. Mit dem jüngsten Besuch des chinesischen Regierungschefs Hua Kuo-feng hat Ceausescu einen weiteren Beweis außenpolitischer Eigenständigkeit geliefert. Der Stärkung der militärischen Komponente des Warschauer Paktes dienen nicht nur die laufende Überprüfung der Gefechtsbereitschaft aller Streitkräftegattungen, sondern auch die Umrüstung auf den modernsten sowjetischen Panzer T-72 und erste Vorkehrungen für die Installierung mobiler, MIRV-bestückter Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20. Der sowjetische Wunsch nach kombinierten Truppenmanövern auf rumänischem Territorium erfüllte sich bislang nicht.

Bei der wirtschaftlichen Integration geht es nach sowjetischer Auffassung nicht nur um den gegenseitigen Vorteil, sondern um die politische Aufgabe der Festigung der gemeinsamen materiellen Grundlagen der sozialistischen Gemeinschaft. Die Berufung von K. Katuschew zum sowjetischen Vertreter im RGW signalisierte nicht nur Unzufriedenheit mit dem bisherigen Stand der Wirtschaftsintegration, sondern auch den Beginn neuer Anstrengungen wie z. B. der Erstellung neuer Programme für die Zusammenarbeit in den Brennstoff-

Energie- und Rohstoffzweigen, für die Zusammenarbeit im Maschinenbau, die Zusammenarbeit bei der Produktion von Hauptnahrungsmitteln, die Erweiterung der Produktion industrieller Konsumgüter sowie die Zusammenarbeit zur Entwicklung der Transportverbindungen der RGW-Mitgliedsländer. Derartige Aktivitäten vermögen nicht das Gewicht solcher integrationshemmender Faktoren, wie z. B. die erheblichen Struktur- und Niveauunterschiede zwischen den Partnerstaaten sowie die Umständlichkeit der Entscheidungsprozeduren, wesentlich zu erleichtern.

Als zunehmend wichtigeres Aktionsfeld erweist sich die Zusammenarbeit mit sozialistischen und nichtsozialistischen Entwicklungsländern. Der Beitritt Vietnams zum RGW anfang Juli 1978 wird die ohnehin bereits starke Belastung der Gemeinschaftsressourcen weiter erhöhen. Die Gespräche über ein Rahmenabkommen zwischen RGW und EG konnte die Sowjetführung jedoch nicht voranbringen.

Die sowjetischen Bemühungen um eine ideologische Zusammenarbeit vollziehen sich auf zwei verschiedenen Ebenen: der gesamteuropäischen und der osteuropäischen. Für die KPdSU-Spitze ist das Abschlußdokument der gesamteuropäischen Kommunistenkonferenz in Ostberlin vom 30. Juni 1976 nicht zuletzt deshalb von großer Bedeutung, weil es wenigstens nach außen hin den Anschein eines einheitlichen Kommunismus in Ost- und Westeuropa mit gemeinsamer Bindung an Moskau erweckt, wengleich damit die Differenzen zwischen Traditionalisten und Autonomisten innerhalb der kommunistischen Bewegung nicht ausgeräumt sind. Die ideologische Zusammenarbeit mit den regierenden kommunistischen Parteien Osteuropas hat im wesentlichen den Charakter eines bi- und multilateral koordinierten Abwehrkampfes gegen die Bedrohung von außen durch den Eurokommunismus und von innen durch die Systemreformer sowie Bürgerrechtler. Die KPdSU-Spitze hat die Autoritätskrise der Parteiführungen Polens, der DDR und CSSR zum Anlaß genommen, diese Staaten noch fester einzubinden.

Die Ost-West-Beziehungen

Grundsätzlich blieb Moskau an der Aufrechterhaltung des bipolaren Systems der globalen

Friedenssicherung nebst Konflikt- und Krisenmanagement mit den USA interessiert. Es verhehlte jedoch nicht seinen Unmut über die anhaltende Stagnation beim Ausbau der bilateralen Beziehungen. KPdSU-Generalsekretär L. I. Breschnew hat auf dem XXV. KPdSU-Kongreß im Februar/März 1976 die Minderung der Gefahr des Ausbruchs eines Kernwaffenkrieges als wichtigstes Entwicklungsergebnis der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen seit 1971 bezeichnet. Trotz angeblich guter Aussichten für den Ausbau des bilateralen Verhältnisses in der Zukunft haben sich jedoch die gesteigerten sowjetischen Hoffnungen auf Überwindung der bisherigen Stagnationsperiode durch die neue Administration Carter/Brzezinski/Vance nicht erfüllt. Vier Faktoren sind nach offizieller Verlautbarung für diese Lage verantwortlich zu machen:

- die mit der Absicht offener Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion inszenierte Menschenrechtskampagne;
- die restriktive Haltung in Handels- und Kooperationsfragen;
- die Bestrebungen, durch einen qualitativen Rüstungswetlauf das strategische Gleichgewicht zugunsten der USA zu verschieben;
- der grundlegende Einstellungswandel in der Frage eines SALT-II-Abkommens.

In offiziellen und offiziösen Analysen der amerikanischen Außenpolitik wird die US-Führungsspitze bezichtigt, nach der mühevollen Erarbeitung eines gemeinsamen Rahmens für ein SALT-II-Abkommen den zügigen Fortgang der Verhandlungen durch das Streben nach einseitigen Vorteilen zu behindern¹¹⁾ und die Sowjetunion durch die Drohung mit einem neuen Rüstungswetlauf zu erpressen. Den SALT-II-Gegnern überlasse man nicht nur kampflos die politische Arena, sondern komme ihnen mit Diskussionen über eine Verbindung zwischen SALT-II und dem sowjetischen Engagement im äthiopisch-somalischen Konflikt sogar noch entgegen¹²⁾. Die Außenminister beider Staaten, Vance und Gromyko, ver-

¹¹⁾ Ungezeichneter, aber offenbar von höchster Stelle autorisierter Artikel: „Die Aufgabe der Begrenzung strategischer Waffensysteme: Perspektiven und Probleme“, in: Prawda v. 11. 2. 1978.

¹²⁾ G. Arbatov, Die Zeit schwerwiegender Entscheidungen, in: Prawda v. 28. 3. 1978.

mochten im Verlaufe von drei Konsultationsrunden Ende April in Moskau, Ende Mai in New York und Mitte Juli 1978 in Genf die SALT-II-Gegensätze zwar weiter zu vermindern. Doch nach der Rede von US-Präsident Carter in Annapolis (Maryland) am 7. 6. 1978 und den sowjetischen Repliken droht die Kontroverse um Grundprinzipien der Entspannungspolitik den Spielraum für Vereinbarungen wieder zu verengen¹³⁾.

Seit Abschluß der KSZE vertritt die Sowjetunion vehement die These, daß die eingetretene politische Entspannung durch eine militärische zu ergänzen sei, um diese dann unumkehrbar zu machen. Die wortreiche Bukarester Grundsatzerklärung der Warschauer-Pakt-Staaten über die Festigung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit vom 26. November 1976¹⁴⁾ hatte lediglich eine formale Alibifunktion. Auf dem Hintergrund überdimensionierter Rüstungsanstrengungen, die das Kräftegleichgewicht in Mitteleuropa augenfällig demonstrieren, und einer selektiven Erfüllung der KSZE-Schlußakte, der eine wenig konstruktive Haltung auf der Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz entsprach, wurde ein sowjetisches Streben nach für den Westen verhängnisvollen Optionen erkennbar. Unter diesen Umständen überraschten weder die sowjetischen Vorstöße zugunsten einer einseitigen Korrektur der ausgewogenen Interessenlage beim Viermächte-Abkommen über Berlin noch die hartnäckige Weigerung, Berlin (West) in drei unterschrittsreife Kooperationsabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland formell und materiell einzubeziehen.

Es bleibt abzuwarten, ob die „Gemeinsame Deklaration über die Förderung der Entspannung und der guten Nachbarschaft und die Festigung des Friedens“, die zum Abschluß des Breshnew-Besuches in der Bundesrepublik Deutschland vom 4. bis 7. Mai 1978 unterzeichnet wurde, zu einer Lösung der anstehenden Fragen beitragen und damit dem Entspannungsprozeß einen gezielten Auftrieb vermitteln wird¹⁵⁾. Bemerkenswert ist das sicher-

heitspolitische Leitprinzip in diesem Dokument: „Sie betrachten es als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Annähernde Gleichheit und Parität sollen zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen.“

Eine erste positive Auswirkung ist zu registrieren. Im Anschluß an die Budapester Tagung des Militärrates vom 16. bis 19. Mai 1978 überreichten die Warschauer-Pakt-Staaten am 8. Juni 1978 neue Vorschläge der MBFR-Konferenz als Antwort auf die NATO-Offerte vom 19. April 1978. Der NATO-Rat sprach von „einem bedeutenden Schritt nach vorn“ in den seit Jahren stagnierenden Rüstungsbegrenzungsverhandlungen.

Die Dritte Welt

Die Sowjetunion unterstützt massiv „antiimperialistische“ Frontbildungen in der Dritten Welt und ist bestrebt, die ökonomischen Konflikte zwischen unterentwickelten Ländern und den westlichen Industriestaaten auszunutzen.

Ideologische, geographisch-strategische und politische Motive bestimmen die sowjetische Haltung gegenüber den Staaten der Dritten Welt. Mangelndes westliches Engagement im allgemeinen und die politisch-psychologische Konstellation in den USA im besonderen haben der Sowjetunion in den letzten Jahren eine nahezu konkurrenzlose Einflußnahme auf die nationalen Befreiungsbewegungen ermöglicht (MPLA, ANC, SWAPO, Frelimo). Mittels umfassender Waffen- und Wirtschaftshilfe, vorbehaltloser politischer Solidarisierung sowie Freundschafts- und Kooperationsverträgen sind einige Staaten wie Angola, Moçambique und Äthiopien in sowjetische Abhängigkeit geraten, andere schicken sich an, dem sowjetischen Werben nachzugeben. Gleichwohl hat die Sowjetunion Rückschläge im Nahen Osten und im Fall Somalias hinnehmen müssen. In der afrikanischen Konfliktzone ist ein Verstoß gegen einen wichtigen Entspannungsgrundsatz zu registrieren, wonach Zurückhaltung und Mäßigung der Großmächte dort notwendig sind, wo sich ihre Interessen überschneiden. Aus dem Konflikt zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen ergibt sich für die Sowjetunion zugleich eine Chance und eine Verlegenheit: eine Chance, weil sie zu einer antiwestlichen Grundhaltung

¹³⁾ Vgl. dazu IHT v. 8. 6. 1978, ferner Prawda v. 18. 6. 1978.

¹⁴⁾ Wortlaut in Prawda v. 27. 11. 1976.

¹⁵⁾ Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 44 v. 9. 5. 1978, S. 429 bis 430.

in den Entwicklungsländern führt; eine Verlegenheit, weil diese Länder auch in der Sowjetunion und einigen ihrer Verbündeten hochentwickelte Industrieländer sehen, an die sie die gleichen Forderungen stellen können.

Der Konflikt mit Peking

Erfolglos blieben alle Versuche, die Konfrontation mit der Volksrepublik China abzubauen und zumindest die staatlichen Beziehungen zu Peking zu normalisieren.

Der Tod Mao Tse-tungs (9. September 1976) hat bislang nicht zu einer positiven Bewertung sowjetischer Koexistenz- und Entspannungsangebote durch die neuen chinesischen Machthaber geführt, die ihren antisowjetischen Kurs sogar noch verstärkt haben.

Als gescheitert anzusehen ist überdies das sowjetische Bemühen, die Volksrepublik China außenpolitisch zu isolieren. Gezielte

Einschüchterungsversuche haben die japanische Regierung nicht davon abgehalten, am 12. August 1978 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit der Pekingener Führung abzuschließen. Die Anti-Hegemonieklausel in diesem Dokument wertet Moskau als eine gemeinsame japanisch-chinesische Frontstellung gegen ein weitreichendes sowjetisches Engagement in Asien. Ob der KPdSU-Spitze indes mit der Einbindung Vietnams in die engere sozialistische Gemeinschaft über die RGW-Mitgliedschaft Anfang Juli 1978 ein erfolgreicher Gegenzug gelungen ist, bleibt vorerst abzuwarten. Auf die außenpolitische Offensive Hua Kuo-fengs, der Ende August 1978 Rumänien und Jugoslawien besucht hat, reagierte Moskau mit gereizten Stellungnahmen. Der spektakuläre Bruch Albaniens mit der Volksrepublik China erfolgte ohne Einwirkung des Kreml und bietet lediglich Stoff für antichinesische Propaganda in den sowjetischen Massenmedien.

Das „Dritte China“

Die chinesischen Minderheiten in Südostasien

Seit Beginn des Indochinakrieges signalisiert das Ende der Monsunstürme in der Südchinese regelmäßig den Beginn einer neuen Flüchtlingswelle. Doch in diesem Frühjahr übertrafen die Statistiken bei weitem die Erfahrungen der Vergangenheit. Zudem hat sich die ethnische Zusammensetzung der Flüchtlinge drastisch geändert. Füllten in den Vorjahren überwiegend Vietnamesen, Laoten und Kambodschaner die Auffanglager in Thailand, Malaysia und Indonesien, so dominieren jetzt die Chinesen. Malaysia allein registrierte von Januar bis Juni mehr als 7 000 chinesische Flüchtlinge, davon 2 800 im Mai, die ausnahmslos aus Vietnam kamen¹⁾. Die Zahlen für Thailand dürften weit darüber liegen.

Der Grund für den chinesischen Exodus nach Südostasien ist in der vietnamesischen Politik zu suchen. In der Nacht vom 23. zum 24. März 1978 kreisten vietnamesische Truppen die chinesischen Wohnviertel in Ho Chi Minh City (früher Saigon) ein. Einige Tausend Jugendliche der Communist Youth Union schwärmten aus, um angeblich eine Bestandsaufnahme des chinesischen Besitzes vorzunehmen. Am gleichen Tag verkündete die vietnamesische Regierung in Hanoi das Ende des „bourgeois trade“ der Chinesen in Südvietsnam²⁾.

Diese Maßnahme kam nicht überraschend, hatte doch Hanoi bereits im Februar den Vorsitzenden des Komitees zur Umstrukturierung der privaten Wirtschaft und langjährigen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Südvietsnams, Nguyen Van Linh, seines Postens enthoben. Der gegen ihn erhobene Vorwurf lautete, er habe die Kapitalisten nicht schnell genug vom sozialistischen Credo überzeugt. Die Kapitalisten, die es zu „reformieren“ galt, waren ausnahmslos Chinesen, die ihren Wohlstand während des Krieges vervielfacht und in das wiedervereinigte Vietnam hinübergerettet hatten. Als ob es in Vietnam keinen politischen Kurswechsel ge-

geben habe, glaubten die Chinesen, auch unter dem kommunistischen Regime ihre wirtschaftliche Exklusivität wahren zu können. Wohl nicht ganz zu Unrecht hatten sie angenommen, daß die Umstrukturierung der Wirtschaft nach sozialistischem Muster nur langsam und schrittweise vor sich gehen werde. Die plötzliche Hektik, nachdem sie drei Jahre lang in Ruhe gelassen worden waren, ist nach Ansicht von politischen Beobachtern eine Folge des sich zuspitzenden vietnamesisch-chinesischen Konflikts, der sich am immer heftiger eskalierenden Grenzkrieg Vietnams mit Kambodscha aufheizt, das nach der Überzeugung Hanois nur mit Hilfe Peking überlebt.

War das Vorgehen Hanois gegen die Chinesen in Ho Chi Minh City vorhersehbar, so wurde die militante Reaktion Peking mit Überraschung und Besorgnis aufgenommen — besonders in den nichtkommunistischen Staaten Südostasiens, die ausnahmslos Gastländer von chinesischen Minderheiten sind. Das Overseas Chinese Affairs Office in Peking hatte Vietnam am 24. Mai 1978 beschuldigt, die chinesische Minderheit zu verfolgen, und die Verantwortlichkeit Chinas für das Wohlergehen der Auslandschinesen zu verstehen gegeben³⁾.

In Südostasien befürchtet man, daß Peking seine Haltung gegenüber den Überseechinesen, seit 1949 mehr oder weniger eine Politik der Nichteinmischung, revidieren könnte. Denn wie in Vietnam, wo die Regierung die Chinesen dem geltenden Recht unterwarf, versuchen auch andere Staaten in der Region, ihre vielrassigen Gesellschaften zu harmonisieren. Dies geht nicht immer — besonders in Bezug auf die chinesischen Minderheiten — ohne Zwang vonstatten.

Wie die vietnamesische Regierung, so kämpfen auch andere Gastländer gegen den kulturellen Nationalismus der Hua-chiao, wie Chi-

¹⁾ Auskunft der UN High Commission in Kuala Lumpur.

²⁾ Vietnam News Agency, 24. 3. 78.

³⁾ Information Service des vietnamesischen Außenministeriums, 27. 5. 78.

na die Auslandschinesen nennt, und versuchen, die abgeschlossene und sich selbst genügende Isolation der Chinesen über ihre Gesetzgebung aufzubrechen. Gleichzeitig kämpfen die genuinen Rassen Südostasiens gegen ein dominantes Wirtschaftsimperium der Auslandschinesen, die von einer Zusammenarbeit mit ihren Gastgebern im Interesse des Allgemeinwohles nicht viel zu halten scheinen. Es wird in diesem Beitrag noch aufzuzeigen sein,

daß nicht in erster Linie der Neid der weniger Erfolgreichen gegenüber den geschäftstüchtigen Chinesen für die oft rigorose Integrationspolitik Pate stand, sondern die dringende Notwendigkeit, blutige Konfrontationen zu verhindern, die sich an einem — wie auch immer gearteten — Minoritäten-Nationalismus entzünden könnten und sich in der Vergangenheit bereits wiederholt entzündet haben ⁴⁾.

Geschichte der chinesischen Emigration

Die Hua-chiao bilden nur 6 Prozent der Gesamtbevölkerung in Südostasien ⁵⁾. Daß sie dennoch so auffällig in Erscheinung treten, erklärt sich aus ihrem Siedlungsverhalten, das urbane Regionen bevorzugt, wo sie nicht selten die Mehrheit stellen.

Der überwiegende Teil der Chinesen in Südostasien ist außerhalb Chinas geboren. Sie sind zumeist Staatsbürger ihrer jeweiligen Gastländer und haben sich hier teilweise mit den alteingesessenen Rassen vermischt. Hier seien besonders die Baba erwähnt, die in Java und Malaysia in der malaiischen Urbevölkerung aufgegangen sind und nahezu als eine eigenständige Rasse gelten. Ein beachtlicher Teil der Hua-chiao spricht weder Chinesisch, noch folgt er den traditionellen Gebräuchen des Mutterlandes China. Die Kriterien, ob und wann eine Person als Chineser registriert wird, richtet sich nach ihrer Selbsteinstufung und ihrem Verhalten, richtet sich nach einer gewissen „Chineseness“, die ihr die übrigen Rassen des Gastlandes zuschreiben. „Being a Chinese is, in Southeast Asia, essentially a matter of selfidentification.“ ⁶⁾

Diese Ungenauigkeit der Bewertungsmaßstäbe macht einen exakten Zensus der chinesischen Minderheiten oft schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Die Gesamtzahl der ethnischen Chinesen in Südostasien wird nach dem letzten zuverlässigen Zensus von 1970 auf rund 14,6 Millionen geschätzt. Sie repräsentieren (neben Peking und Taiwan) das sogenannte „Dritte China“.

⁴⁾ Vgl. ausführlich Dr. Goh Cheng Teik, *The Chinese in Malaysia*, Kuala Lumpur 1978.

⁵⁾ Somers Heidhues, *Southeast Asia's Chinese Minorities*, Longman Australia 1974, S. 4.

⁶⁾ Skinner, *Overseas Chinese in Southeast Asia*, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Januar 1959, S. 137.

Geografische Verteilung der Hua-chiao in Südostasien (1970) ⁷⁾

Land	Zahl der Chinesen	Anteil a. d. Bevölk.
Brunei	32 000	27,0 %
Burma	440 000	1,6 %
Kambodscha	435 000	6,4 %
Indonesien	3 800 000 a)	2,6 %
Laos	58 000	2,0 %
Malaysia	3 705 000	34,0 %
Philippinen	520 000	1,4 %
Singapur	1 900 000 b)	75,0 %
Thailand	3 400 000	10,0 %
Nord-Vietnam	208 000	1,0 %
Süd-Vietnam	1 200 000	5,5 %

a) *Far Eastern Economic Review*, 16. 6. 78; S. 22

b) *Statistics Singapore* 1977

Die Vorfahren der Hua-chiao verließen überwiegend in der Mitte des 19. Jahrhunderts ihre angestammte Heimat. Zwei weitere Wanderbewegungen setzten zu Beginn des 20. Jahrhunderts und nach dem zweiten Weltkrieg ein. Nach der Gründung der Volksrepublik China (1949) vererbte der Strom der Emigranten schnell und versiegt schließlich ganz.

Bis auf einen unbedeutenden Prozentsatz kommen die Hua-chiao aus den südchinesischen Provinzen Kwangtung und Fukien, beides Küstenprovinzen mit alter Seefahrer- und Außenhandelsstradition. Die Auswanderer rekrutierten sich vor allem aus der Schicht der

⁷⁾ Somers Heidhues, a. a. O., S. 3.

kleinen Geschäftsleute in den ländlichen Regionen. In der zweiten und dritten Emigrationswelle, dem Höhepunkt der Kuli-Rekrutierung, emigrierte das Heer der ländlichen Armen. Aus der Vielfalt der Dialektgruppen heben sich die Hokkien, Teochiu, Cantonesen, Hakka und Hainanesen als die bedeutendsten heraus.

Die Hokkien⁸⁾ kommen aus der Umgebung von Amoy in der Provinz Fukien. Sie besiedelten vor allem Penang, Malacca, Java und die Philippinen (hier 95 Prozent der Chinesen). Sie bevorzugten städtische Siedlungsgebiete und verlegten sich hier auf den Handel. Obwohl sie in Süd-Vietnam nur 5,5 Prozent der chinesischen Bevölkerung ausmachen, beherrschten sie dort den gesamten Reishandel und die Chambers of Commerce, während des Krieges auch den kriegswichtigen Ex- und Import.

Die Teochiu⁸⁾ waren ursprünglich im Osten der Kwangtung Provinz beheimatet. Sie bilden die stärkste Chinese Community in Thailand und Sumatra, die zweitstärkste Gruppe in Süd-Vietnam und West-Kalimantan und machen 75 Prozent der Chinesen in Kambodscha aus. Während die meisten Teochiu als Kleinhändler und ungelernete Arbeiter tätig sind, beherrschen sie in Thailand, wo heute mehr Teochiu in Bangkok leben als in Swatow/Kwangtung, als Professionals die gehobenen Berufe. Von allen Dialektgruppen sind die Hokkien und Teochiu am ehesten assimilationsbereit.

Die Hakka⁸⁾ stammen aus den Provinzen Kwangtung und Fukien, wohin sie nach früheren Wanderbewegungen innerhalb Chinas gespült worden waren. Sie dominieren in Kalimantan und in den beiden ostmalaysischen Bundesstaaten Sarawak und Sabah und sind die zweitstärkste Gruppe in West-Malaysia und auf Java. Die Hakka bevorzugen den ländlichen Siedlungsraum, wo sie den Bergbau (Zinn) kontrollieren und nebenher Land-

wirtschaft betreiben. Unter den chinesischen Dialektgruppen sind sie am wenigsten integrationsbereit.

Die Cantonesen⁸⁾ siedelten ursprünglich im ländlichen Raum um Canton. In Süd-Vietnam bilden sie die stärkste Gruppe unter den Chinesen. In Malaysia bilden sie die Stadtrandbevölkerung von Penang und Malacca. Sie sind berühmt als Köche und beherrschen in den meisten Ländern das Hotel- und Gaststättengewerbe. Von allen Gruppen haben sie sich am stärksten westlichem Einfluß geöffnet, was auf ihre frühe Begegnung mit Europäern (Opium-Krieg 1839—42) zurückgeführt wird.

Die Hainanesen⁸⁾ verließen erst spät ihre Insel Hainan in der Provinz Kwangtung und bildeten den Strom der Kulis im Erzbau und bei der Erschließung neuer Wirtschaftszonen. In Singapur sind sie überwiegend ungelernete Arbeiter.

Daß besonders die Provinzen Kwangtung und Fukien die chinesischen Emigranten stellten, ist geschichtlich bedingt und durch die Küstenlage begünstigt worden. Bereits in der Ming-Dynastie (1368—1644) unterhielten beide Provinzen Außenhandelsbeziehungen mit den Staaten Südostasiens. Die Emigration folgte konsequenterweise den Handelsrouten. Im 17. und 18. Jahrhundert knüpften beide Provinzen Handelsbeziehungen mit dem Westen an. Die Gründung der westlichen Kolonien in Südostasien wirkte als ein Magnet. Die Emigranten versprachen sich die Erschließung neuer wirtschaftlicher Quellen. Neben dem Pull-Effekt bestand jedoch auch ein Push-Effekt in der dichten Besiedlung der beiden Provinzen, die dringend nach einem Ventil für ihre Bevölkerungsexplosion suchten. Schließlich wurde die Auswanderungsbereitschaft durch die Taiping Revolution (1851—64) gefördert, die Gegner der Ching-Dynastie auf die Flucht schickte, sowie durch Natur- und Hungerkatastrophen.

Die Chinesen in Thailand

China und Thailand sind zwar nur durch eine schmale burmesische Landzunge voneinander getrennt, dennoch kam die chinesische Einwanderungswelle vergleichsweise spät. Sie

folgte dem Handel auf dem Seeweg, der bereits seit dem 14. Jahrhundert zwischen beiden Ländern existierte, jedoch erst im 17. Jahrhundert mit dem thailändischen Reisexport größere Bedeutung gewann. Eine kleine Schar Chinesen siedelte sich im Chao Phraya Valley an und zog bald die entscheidenden Fäden in diesem Geschäft. Um 1850 —

⁸⁾ Ebd., S. 4 f. und: Yeng Ching Hwang, *The Overseas Chinese and the 1911 Revolution*, Oxford University Press, Kuala Lumpur 1976, S. 1—6.

Thailand zählte bei einer Gesamtbevölkerung zwischen 5 und 6 Millionen bereits 1,5 Millionen Chinesen — setzte mit einer jährlichen Immigrationsrate von 15 000 die eigentliche Einwanderungswelle ein⁹⁾. Überwiegend waren es Chinesen, die die Taiping-Revolution, die die Ming-Dynastie wieder an die Macht bringen wollte, unterstützt hatten und nun um ihr Leben fürchteten.

Die ethnische Verwandtschaft der Thai mit den Chinesen und die Toleranz des Thai-Buddhismus gegenüber dem chinesischen Buddhismus und Taoismus erleichterten eine weitgehende Assimilation.

Überdies bestand die erste Einwanderungswelle zumeist aus Männern, die sich infolgedessen mit Thai-Frauen verheirateten. In dem — auch heute noch — dünn besiedelten Land gab es außerdem ausreichend Entfaltungsspielraum für den einzelnen, so daß der wirtschaftliche Neid keine Rolle spielte. Die Chinesen gelangten sehr bald zu Wohlstand sowie zu hohem Ansehen in der Politik und am Königshof.

Diese tolerante Haltung der Thai gegenüber den Chinesen änderte sich erst nach dem Sturz der Manchu-(Ching)-Dynastie (1912) und der Proklamation der Republik. Die thailändischen Chinesen hatten zumindest einen finanziellen Beitrag zur Revolution (1911) geleistet, der sich nun auszahlte. Hatte die Ching-Dynastie die Hua-chiao noch als nichtswürdige „Outcasts“ beschimpft und die Emigration zu unterbinden versucht, so umwarb die Republik sie nun als geliebte Brüder, wohl nicht zuletzt deshalb, um sich auch zukünftig eines willkommenen Geldflusses zu versichern.

Diese neue Haltung Mutterland Chinas gegenüber den Überseechinesen brachte eine neue Einwanderungswelle nach Thailand, mit einem jährlichen Zustrom von zeitweise 140 000¹⁰⁾. Die veränderte politische Lage in China ließ darüber hinaus unter den Auslandschinesen den ethnischen Stolz gedeihen, genährt von einer europäischen Krankheit, die just zu diesem Zeitpunkt nach Asien exportiert wurde, dem Nationalismus¹¹⁾. Die sich sprunghaft vermehrende Chinese Community zeigte sich zusehends weniger assimilationsbereit.

⁹⁾ Far Eastern Economic Review, 16. 6. 78, S. 23.

¹⁰⁾ Ebd.

¹¹⁾ Fitzgerald, China and Southeast Asia since 1945, Longman Australia 1973, S. 62.

Als nationalistische Politiker 1932 die absolute Macht des thailändischen Königshauses beschnitten, begann auch eine anti-chinesische Welle zu keimen. Die neuen Machthaber befürchteten eine stille Invasion aus China. Um das genuine Recht der Thai zu wahren, wurden Gesetze erlassen, die die Entfaltung der Chinesen stark einschränkten und die bis heute gültig sind. Sie sollen in erster Linie das chinesische Wirtschafts-Monopol brechen und die Integration erzwingen.

Schon die Private Schools Act von 1918 hatte die chinesischen Privatschulen auf die Primar-Stufe beschränkt. Jetzt wurden Thai-Schulen für den gesamten Bildungsbereich obligatorisch. Diese Maßnahme ist wohl der härteste Schlag gegen den kulturellen Chauvinismus der Chinesen und ein wirksames Instrument gegen die „Chineseness“, die Grundlage der chinesischen Exklusivität.

Darüber hinaus dürfen chinesische Eltern weder Grundbesitz erwerben noch dürfen sie eine aktive Rolle in der thailändischen Politik spielen. Ihre Kinder, in thailändischen Schulen und nach thailändischen Werten erzogen, sind allerdings den Thai gleichgestellt, es sei denn, sie ziehen es vor, die chinesische Staatsbürgerschaft beizubehalten. Von den rund 3,4 Millionen ethnischen Chinesen in Thailand besitzen heute nur noch 309 941 (Zensus von 1976) einen chinesischen Paß¹²⁾.

In Unternehmen der Wirtschaft darf die chinesische Teilhaberschaft 50 Prozent nicht mehr übersteigen. Dies hat jedoch nur einen nominellen Einfluß auf die Umverteilung des Reichtums. Die Unternehmen, ohnehin zum größten Teil von Chinesen gegründet, werden auf die Kinder übertragen, die dem Buchstaben des Gesetzes nach als Thai aufgewachsen sind, die Geschäfte jedoch in alter Familientradition weitergeführt.

Eine Analyse der 100 größten Industriebetriebe in Thailand, herausgegeben von der Wirtschaftsfakultät der Thammasat University, weist aus, daß 63 dieser Unternehmen, mit einem Gesamtvermögen von 757 Millionen US-Dollar — etwa 31,5 Prozent der Gesamtinvestitionen —, von Chinesen kontrolliert werden. 23 der 25 einflußreichsten Männer in der thailändischen Wirtschaft sind Chinesen.

Die großen chinesischen Clans beherrschen die Preise für Immobilien, Pharmazeutika, das Baugewerbe und den Nahrungsmittelmarkt,

¹²⁾ Far Eastern Economic Review, 16. 6. 78, S. 23.

ganz zu schweigen vom Geldmarkt. Durch Mischheiraten mit einflußreichen Thai verstärken sie weiter ihren Griff auf das Geschäftsleben des Landes. Um die Macht dieser Familienunternehmen zu brechen, antwortet

die Regierung mit sanftem Zwang und einem Paket von Vorteilen, um das Kapital-Monopol in Aktiengesellschaften umzuwandeln und damit einer breiteren Öffentlichkeit Einfluß zu gewähren.

Die Chinesen in Indonesien

Die chinesische Immigration nach Indonesien, besonders zu den peripheren Inseln, kann bis ins 13. Jahrhundert zurückverfolgt werden. Der Höhepunkt der Einwanderungswelle kam jedoch erst mit der holländischen Kolonialisierung. Allein in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts ließen sich eine Million Chinesen auf Java, Borneo und Sumatra nieder. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit Indonesiens lebten rund 2,5 Millionen Hua-chiao im Lande¹³⁾.

Als nationalistische Gruppen die Zusammenarbeit mit den Holländern boykottierten, blieb diesen keine andere Wahl, als ihr Wohlwollen den Chinesen zuzuwenden. So war denn auch niemand überrascht, daß am Tage der Unabhängigkeit Handel, Banken und Industrie überwiegend in chinesischer Hand lagen.

Nunmehr lehnten die Chinesen eine Zusammenarbeit mit den Nationalisten ab, deren Regime ihnen in Anbetracht eines Berges von Unsicherheiten wenig zuverlässig erschien. Präsident Soukarno entzog ihnen daraufhin die Staatsbürgerschaft, die sie unter dem holländischen Standpunkt des *ius soli* erworben hatten, obwohl etwa 70 Prozent von ihnen in Indonesien geboren waren. Nur die Abkömmlinge der Peranakans, Chinesen mit indonesischem Erbteil, durften die Naturalisierung beantragen. Gänzlich ausgenommen waren die Sinkhehs, die jüngst eingewanderten Chinesen, und deren Kinder. 1958 wurden schließlich auch solche Peranakans ausgeschlossen, deren Väter nicht in Indonesien geboren waren.

Die Staatsbürgerschaftsfrage blieb bis 1960 ungeklärt, nicht zuletzt deshalb, weil China selbst den Wirrwarr vergrößerte. Unter den Manchu, die auf dem *ius sanguinis* bestanden, entstanden Doppel-Staatsangehörigkeiten, da die Holländer nach dem *ius soli* verfuhrten. Soukarno hielt diesen Zustand für unerträglich, trug allerdings auch nicht zu einer Lö-

sung des Gordischen Knotens bei. Erst 1960, unter dem Sino-Indonesian Treaty, stimmte Peking zu, daß im Ausland geborene Chinesen nur dann als chinesische Untertanen betrachtet würden, wenn sie nicht freiwillig eine andere Staatsangehörigkeit annähmen.

(Da dieses Abkommen nicht nur im Falle Indonesiens die Haltung Pekings war und ist, und der Schwerpunkt auf dem Wörtchen „freiwillig“ liegt, fand China jetzt in Vietnam einen Ansatz, um seine Verantwortlichkeit für die Chinesen in Süd-Vietnam zu unterstreichen, die 1956 unter dem Diem-Regime zwangsnaturalisiert worden waren.)

Ungeachtet aller Abkommen schürte die Regierung Soukarnos jedoch bewußt eine anti-chinesische Stimmung. Sie schloß die chinesischen Schulen und Zeitungen und belegte die nicht-naturalisierten Chinesen mit einer Sondersteuer. 1960 folgten denn auch rund 100 000 einem Repatriierungsangebot Pekings zurück ins Mutterland. Soukarno verbot den Geldverkehr zwischen Chinesen in Indonesien und ihren Familien in China, beschnitt das Devisen-Kontingent chinesischer Firmen und limitierte ihre Importlizenzen. Die Hälfte des Kapitals mußte auf genuine indonesische Rassen verteilt werden, zu denen die naturalisierten Chinesen natürlich nicht zählten. Bereits Ende der 50er Jahre kam es schließlich zu blutigen Rassenpogromen, die eine nie genau bekanntgewordene Zahl von Toten forderten, und die sich in den 60ern wiederholten. Unwahr ist jedoch Soukarnos Schutzbehauptung, daß die indonesischen Chinesen maßgeblich an dem mißglückten kommunistischen Umsturzversuch von 1965 beteiligt gewesen seien, eine Unterstellung, die heute noch immer nicht vergessen ist. Die Parti Komunis Indonesia, PKI, rekrutierte sich nahezu ausschließlich aus Indonesiern selbst¹⁴⁾.

Inzwischen hat sich die — in diesem Fall wohl vorrangig auf Neid beruhende — anti-chinesische Kampagne beruhigt. Etwa 65 Pro-

¹³⁾ Fitzgerald, a. a. O., S. 33 ff.

¹⁴⁾ Somers Heidhues, a. a. O., S. 47 ff.

zent der Chinesen in Indonesien haben die indonesische Staatsbürgerschaft beantragt¹⁵⁾. General-Leutnant Yoga Sugama, Chef des State Intelligence Coordination Boards, unterteilt jüngst die Chinese Community in vier Gruppen. Er nannte neben den Naturalisierten 972 000 mit chinesischer Staatsbürgerschaft, 1 759 mit einem taiwanesischen Paß und 79 656 Staatenlose (während die Far Eastern Economic Review [12. 6. 1978] hier 800 000 angibt).

Indonesische Politiker starteten eine Assimilationsbewegung, die die Chinesen zu überreden versucht, ihre Tradition aufzugeben und gänzlich in der indonesischen Kultur aufzuge-

Die Chinesen auf den Philippinen

Die ersten chinesischen Siedlungen auf dem philippinischen Archipel entstanden bereits im 13. Jahrhundert. Sie waren Niederlassungen der chinesischen Flotte, die besonders während der Ming-Kaiser (1368—1644) im Nanyang, wie die Chinesen die südlichen Seen nennen, nach neuen Marine-Stützpunkten suchte. Diese Siedlungen waren jedoch nicht permanent und wanderten mit den Flottenbewegungen. Eine nennenswerte chinesische Emigration nach den Philippinen begann erst nach der spanischen Kolonialisierung. Die feudalistische Entwicklung des Landes verlangte nach geschickten Handwerkern und Händlern — Berufe, die sowohl die Spanier als auch die Filipinos für unter ihrer Würde erachteten. Da ihnen niemand dieses Neuland streitig machte, konnten sie ihren Wohlstand und Einfluß bis zum 16. Jahrhundert sprunghaft vermehren. Erst dann erwachte bei den Spaniern die Furcht vor der chinesischen Potenz auf den Philippinen, die allzu leicht eine Brücke zum Mutterland China schlagen könnte, so die spanischen Interessen gefährdend. Unter dem Vorwand eines Glaubensfeldzuges, der den Chinesen die katholische Religion aufzwingen sollte, kam es um 1603 und 1639 zu schweren Massakern unter den Chinesen. Die Überlebenden wurden ausgewiesen¹⁶⁾.

In der Folge begann die Wirtschaft der Kolonie zu stagnieren und sich schließlich rückläufig zu entwickeln. Grund genug für die Kolonialverwaltung, ihre Chinesen-Politik zu

hen. Präsident Souharto hatte die Chinesen bereits 1966 aufgerufen, sich indonesische Namen zuzulegen. 250 000 sollen bisher dem Aufruf gefolgt sein.

Wer jedoch annimmt, daß diese endlose Kette von Widrigkeiten, schließlich auch noch die Enteignung ohne Entschädigung im ländlichen Raum, den Einfluß der Chinesen in der Wirtschaft endgültig gebrochen habe, täuscht sich. Nachdem ihnen nach allen Restriktionen nur noch der Handel geblieben ist, so erklärte ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums, beherrschen sie 70 Prozent des gesamten ländlichen Handels, den Verkauf und Warenfluß im Großhandel.

revidieren. Eine neue Einwanderungswelle wäre um 1662 wiederum einem Massaker zum Opfer gefallen, hätte sich Madrid nicht davon überzeugen lassen, daß dies die Pfründe in der Kolonie zerstört hätte. Schließlich erlaubte man den Chinesen nicht nur ihre nationalistische, kulturelle und religiöse Eigenwilligkeit, sondern ließ sie auch ungestört reich werden.

Bereits um 1870 bauten die philippinischen Chinesen ihre Import-Export-Imperien über Hongkong aus, die engen Fäden des Clan-Geistes nutzend, der sie mit den „Kongsi“ (den Sippengemeinschaften) in der Kronkolonie verband. 1951 beherrschten sie 13 Prozent des Kleinhandels, ein Imperium der „Towkays“, der Kramläden, und 46 Prozent des Außenhandels¹⁷⁾.

Diese Zahlen vermitteln jedoch nur einen ungenauen Eindruck von der chinesischen Wirtschaftsmacht. Sie erfassen nicht den Einfluß der chinesisch-philippinischen Mestizen, die aus Furcht vor Repressalien ihre Abstammung verleugneten. Ein Zensus von 1903, fünf Jahre nach dem spanisch-amerikanischen Krieg (1898), nennt beispielsweise nur 41 000 Chinesen. Jüngste Zahlen geben die ethnischen Chinesen in den Philippinen mit mehr als 650 000 an, darüber hinaus schätzt man die Mestizen auf 300 000. Bisher haben nur 20 000 Chinesen die philippinische Staatsbürgerschaft beantragt¹⁸⁾.

¹⁵⁾ Far Eastern Economic Review, 16. 6. 78, S. 22.

¹⁶⁾ Somers Heidhues, a. a. O., S. 65 ff.

¹⁷⁾ Ebd. S. 22 f.

¹⁸⁾ Far Eastern Economic Review, 16. 6. 78, S. 23.

Die Gesetzgebung des Landes erleichtert ihnen allerdings auch kaum die Integration. Die Retail Trade Nationalization Act von 1954 beschränkt die Eigentumsrechte von Chinesen in Unternehmen des Einzelhandels auf den Tod des Besitzers. Die Erben müssen das Unternehmen innerhalb von sechs Monaten liquidieren. Zollfreie Importe, ein für die Philippinen wichtiger Bereich des Handels, bleiben den Filipinos vorbehalten. Um diese Restriktionen zu umgehen, verlagern die Chinesen immer mehr ihre Aktivitäten auf die Meiststetigen, die den kühnen Geschäftsinstinkt ihrer chinesischen Vorfahren geerbt haben. Beliebte sind auch Stroh-Puppen-Partnerschaften mit willigen Filipinos, sogenannte Ali-Baba-Geschäfte. Zudem haben die Chinesen ihre Interessen immer mehr auf die Industrie verla-

gert, die kapitalstarke Investoren benötigt. Ein beträchtlicher Teil ihres Kapitals wurde illegal in Hongkong investiert und steuert von hier aus weiterhin Im- und Export der Philippinen. Es ist daher nur von unbedeutender Aussagekraft, daß ihr Anteil am Inland- und Außenhandel von 30,6 Prozent im Jahr 1948 auf 13,2 Prozent im Jahr 1957 abgesunken sei¹⁹⁾.

In der offiziellen Politik zeigen die Philippinen die Flagge der nationalen Einheit, der sich die Chinesen zumindest oberflächlich beugen. Denn seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China fürchten die Chinesen nichts so sehr wie die Jurisdiktion Pekings, der sie in der Mehrheit und nach völkerrechtlichem Verständnis unterliegen.

Die Chinesen in Vietnam

Die Emigration von Chinesen nach Vietnam geht in das erste Jahrhundert v. Chr. zurück, als Kaiser Wu von der Han-Dynastie den unabhängigen Staat Nan Yueh eroberte. Yueh ist die chinesische Bezeichnung für Viet, wie sich die Bewohner der Region nannten, die später Nord-Vietnam heißen sollte. Diese erste Epoche der chinesischen Herrschaft über die Vietnamesen endete im dritten Jahrhundert n. Chr. Die Viet erhielten eine beschränkte Autonomie zurück, blieben den chinesischen Kaisern jedoch tributpflichtig. Die unmittelbare chinesische Herrschaft kehrte unter den Tang (618—906) zurück. Sie nannten die Region nunmehr An Nam (Annam), der „befriedete Süden“, eine Bezeichnung, die bis zum Ende der französischen Herrschaft (Kapitulation der Franzosen 1954 bei Dien Bien Phu) beibehalten wurde.

Dieser Abschnitt der vietnamesischen Geschichte ist bis zum heutigen Tag im Bewußtsein der Vietnamesen lebendig geblieben, wie der Autor anlässlich eines jüngsten Besuchs in Vietnam feststellen konnte, und wurde angesichts des vietnamesisch-chinesischen Konflikts um Chinas Rolle im vietnamesisch-kambodschanischen Grenzkrieg wiederbelebt.

Die chinesische Waffenbrüderschaft bei der „Liberalisierung“ Indochinas trat dagegen in den Hintergrund. Es waren zuerst die Trup-

pen Chiang Kai-sheks, die Hanoi von der japanischen Besatzung im zweiten Weltkrieg befreiten und Ho Chi Minh bei der Proklamation der Republik Vietnam halfen. Chiang Kai-sheks Niederlage gegen Mao Tse-tung (1949) brachte eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den beiden kommunistischen Staaten.

1955 unterzeichneten beide Seiten einen Vertrag, der die Jurisdiktion über die Chinesen in Vietnam in die Hände Hanois legte. Die rund 200 000 Chinesen in Nord-Vietnam wurden in den vergangenen Jahren schrittweise vietnamisiert. Anders steht es mit dem Süden, dem ehemaligen Land der Cham, in dem die Viet in den zurückliegenden zwei Jahrtausenden immer mehr Gewicht bekamen, und die Ureinwohner schließlich völlig absorbierten. Die verschiedenen pseudodemokratischen Regierungen hatten sich nie sonderlich um eine Integration der Chinesen gekümmert. Erst das Diem-Regime schritt 1956 zu einer Zwangsnaturalisierung der chinesischen Minderheit, indem es die Pässe der Chinesen einziehen ließ und dafür vietnamesische Pässe ausgab.

Während die Chinesen in Nord-Vietnam sich auch ideologisch mit dem vietnamesischen Sozialismus identifizierten und den Vietnamesen in jeder Hinsicht gleichgestellt wurden, blieben sie in Südvietnam bis zum heutigen Tag eine exklusive Gesellschaft. Seit 1956 waren die südvietnamesischen Chinesen zwar von einer ganzen Reihe Berufe im Bereich des Handels ausgeschlossen worden, was jedoch

¹⁹⁾ Somers Heidhues, a. a. O., S. 22 f.

nicht die Macht der Chambers of Commerce brechen konnte.

Besonders die amerikanischen Truppen zogen es vor, mit den cleveren Chinesen zu verhandeln, die unter dem Dollarsegen ihren Reichtum vervielfachten. Gegen Ende des Krieges beherrschten die rund 1,2 Millionen Chinesen, die vorwiegend in Saigon lebten, den gesamten Reishandel und den Geldmarkt, den Einzelhandel in Saigon und das Schrotgeschäft, das Millionen einbrachte.

Als die Truppen Nord-Vietnams im April 1975 in Saigon einmarschierten, blieb die privilegierte Stellung der Chinesen unangetastet. Während die Sozialisierung Südvietnams das kranke Wirtschaftsgefüge zu Beginn der Machtübernahme weiter verunsicherte, waren die kapitalistischen Chinesen das Herz der Versorgung Saigons. Diese Rolle, davon sind westliche Diplomaten in Hanoi überzeugt, hätten die Chinesen wohl noch längere Zeit weiterspielen können, wäre die vietnamesische Regierung nicht auf eine Machtprobe mit Peking aus gewesen.

Der Generalsekretär der kommunistischen Partei Vietnams, Xuan Thuy, versucht denn auch den Spieß umzudrehen. In einem Inter-

view mit der Vietnam News Agency²⁰⁾ behauptet er, daß der Exodus der Chinesen von Peking initiiert worden sei. Von dort sei das Gerücht von einem bevorstehenden großen Krieg verbreitet worden, in dem China an der Seite Kambodschas kämpfen werde. Vize-Premier Nguyen Duy Trinh erklärte, daß die „socialist transformation“ in Südvietnam zu Sabotageakten seitens der Chinesen geführt habe²¹⁾. Im Interesse des Allgemeinwohles habe die Regierung nicht länger zusehen können. Hanoi habe zu keiner Zeit Kapitalisten bestraft, sondern nur erwartet, daß sie sich ihrer Fehler besonnen und entsprechende Konsequenzen zögen.

Man mag den vietnamesischen Behörden gerne glauben, daß die Chinesen in dem schwierigen Wiederaufbau der vietnamesischen Wirtschaft wenig kooperationsbereit waren. Eine striktere Kontrolle der chinesischen Aktivitäten war demzufolge eine zwingende Notwendigkeit. Es verbreiten sich allerdings auch Gerüchte, daß die Regierung in Hanoi eine Säuberungswelle für angebracht hielt, um eine potentielle „Fünfte Kolonne“ zu Pekings Gunsten im Keim zu ersticken, und möglicherweise dazu von Moskau ermutigt wurde²²⁾.

Die Chinesen in Malaysia und Singapur

Bereits vor der Gründung des Sultanats Malacca (15. Jahrh.) legten chinesische Handelsschiffe in diesem größten Hafen Südostasiens an. Als das Sultanat 1511 an die Portugiesen fiel, waren nicht nur stabile Geschäftsverbindungen etabliert, sondern auch politische Beziehungen auf der Ebene von Sonderbotschaftern. Die Chinese Community war noch recht bescheiden. Als die Holländer 1644 die Portugiesen aus Malacca vertrieben, registrierten sie 400 Chinesen²³⁾. Wie in Indonesien, so förderten sie auch in Malacca die Ansiedlung von chinesischen Arbeitskräften und Geschäftsleuten, und um 1750 hatte sich deren Zahl mehr als verfünffacht²⁴⁾. Doch die großen Einwanderungswellen kamen

nach der Gründung der britischen Settlements in Penang (1786) und Singapur (1819) und erreichten ihren Höhepunkt um 1874, mit jährlichen Quoten von mehreren Zehntausenden, als die englische Herrschaft über Malaya (heute Malaysia) politisch gefestigt war²⁵⁾.

Die meisten Immigranten kamen als Kulis, um in einer traditionellen chinesischen Industrie, dem Zinnbergbau, tätig zu werden. Darüber hinaus fanden sie genügend Betätigungsbereiche, die von den ausschließlich landwirtschaftlich orientierten Malaien nicht beachtet wurden. Die Fukien waren meist Bauern (mit Schwerpunkt auf Cash Crops), Reishändler und kleine Geschäftsleute, die Teochiu verlegten sich auf den Pfefferanbau (Malacca war das Zentrum des internationalen Gewürzhandels) und den Einzelhandel in den Städten. Die Cantonesen bevorzugten das Bauhandwerk, die Hakka waren Schmiede, Schneider

²⁰⁾ Vietnam Bulletin, Mai 1978.

²¹⁾ Ebd.

²²⁾ Far Eastern Economic Review, 28. 7. 1978, S. 24.

²³⁾ Hu Hsien-chin, The Common Descent Group in China and its Functions, New York 1948, S. 97.

²⁴⁾ Bradell, Statistics of the British Possessions in the Straits of Malacca, Penang 1861, Tab. 1.

²⁵⁾ J. Ee, Chinese Migration to Singapore, in: Journal of the Straits Branch of the Royal Asiatic Society, Jg. 2, Heft 1, S. 50.

und Schuhmacher, während die Hainanesen das Heer der Verkäufer und Dienerschaft stellten. Diese Struktur hat sich bis heute in Malaysia erhalten²⁶⁾.

Assimilation

Die ersten Siedler in Malaya waren keinesfalls abgeneigt, sich der eingeborenen Kultur anzugleichen. Allerdings setzte ihnen der Islam, zu dieser Zeit bereits stärkste Religion in Malaya, gewisse Grenzen. Eine Mohammedanerin durfte keinen Nicht-Muslim heiraten, es sei denn, er war bereit zu konvertieren. So weit ging die chinesische Integrationsbereitschaft jedoch nicht. Doch fanden die Chinesen in der niederen Klasse der malaiischen Gesellschaft und unter javanesischen sowie balinesischen Einwanderern genug heiratswillige Frauen. Aus diesen Mischheiraten sind die Baba hervorgegangen, die wiederum neue chinesische Einwanderer absorbierten und so eine nahezu eigenständige Rasse bildeten.

Auch die Chinesen in Malaya und Singapur folgten dem Trend zum Nationalismus, der sich mit dem Machtwechsel in China (Gründung der Republik 1911) unter den Überseechinesen ausbreitete. Soweit sie bereits in der malaiischen Gesellschaft aufgegangen waren, betonten sie nun ihre Chineseness. Fremdes Kulturgut übernahmen sie weitgehend nur noch von den Europäern. Je mehr chinesische Frauen nach Malaya kamen, desto chinesischer wurden die Immigranten. Schließlich entsandte Peking einen Konsul nach Singapur (1877), der die Kommunikation zwischen China und den Überseechinesen verstärkte.

Chinesische Schulen schossen wie Pilze aus dem Boden. Unterrichtsmedium war Chinesisch, anfangs noch nach Dialekten aufgesplittert, später immer häufiger Mandarin. Während der kurzen Zeit der Republik China waren die chinesischen Auslandsschulen Zentren des chinesischen Nationalismus. Soweit überhaupt eine andere Sprache und fremder Einfluß geduldet wurden, so war es Englisch und westliche Wissenschaften. Die japanische Besatzung während des zweiten Weltkrieges und die brutalen Ausschreitungen gegen die Chinesen schweißten die Chinese Communities nur noch enger zusammen, zumal sie unter den Malaien wenig Rückhalt fanden.

Nach der japanischen Kapitulation hofften die Chinesen ängstlich auf die Rückkehr der Engländer. Denn inzwischen sahen sie sich neuem politischen Druck ausgesetzt. Die jungen Unabhängigkeitsbewegungen in Südostasien erinnerten sich nur zu genau an die enge Kooperation der Chinesen mit den Kolonialherren. Es waren die Nationalisten, die einer weiteren Assimilation der Chinesen einen Riegel vorschoben. Soweit Assimilationsbewegungen entstanden, waren es gesetzliche Maßnahmen zur Zwangsintegration.

In keinem der Gastländer der Hua-chiao in Südostasien ist diese Integration von so vitalen Interesse wie in Malaysia, wo die Chinesen (34 Prozent der 14 Millionen Einwohner) kaum noch als Minderheit bezeichnet werden können. Premierminister Datuk Hussein Onn nannte die rassische Polarisierung in seinem dritten Malaysia-Plan, der 1976 verabschiedet wurde, „Malaysias Zeitbombe“. Um sie zu entschärfen, revidierte die Regierung Hussein Onn (seit 1976 im Amt) die Schulgesetze. 1982 sollen alle Schulen in Malaysia in Bahasa Malaysia unterrichten, eine Zielsetzung, die von vielen Politikern als utopisch betrachtet wird, da diese Sprache noch längst nicht über ein ausreichendes Vokabular verfügt. Die chinesischen Schulen sollen, wie bereits in der Education Act von 1961 festgelegt, schrittweise nationalisiert werden²⁷⁾. Malaiisch ist bereits neben Englisch die einzige Unterrichtssprache an den malaysischen Universitäten.

Die Chinesen leisten dieser Politik heftig Widerstand. Sie befürchten, daß das Bildungsergebnis im Lande rückläufig sein werde, und daß Nicht-Malaien benachteiligt seien. Wenn schon eine integrierende Sprache eingeführt werden müsse, dann biete sich Englisch als die lingua franca an, wie bereits in Singapur praktiziert.

Nach dem Zensus von 1976 gibt es in Malaysia zur Zeit 1 017 chinesische Primarschulen (2 326 malaiische) und 38 Sekundarschulen (383 malaiische)²⁸⁾. Sie sind die Träger der chinesischen Kultur und Tradition, der Nährboden der chinesischen Exklusivität. Es ist allerdings fraglich, ob die Einführung einer Nationalsprache, eine andere als Chinesisch, zu einer echten Assimilation führen wird. Wie die Baba bewiesen haben, die einen malaiischen Dialekt sprechen, ist die Sprache al-

²⁶⁾ Notes of the Chinese of Penang, in: Journal of the Indian Archipelago and Eastern Asia, Malaysia, Band 8, S. 1—3.

²⁷⁾ Lim Kit Siang, Time Bombs in Malaysia, Seremban/Malaysia 1978, S. 272 ff.

²⁸⁾ Information Malaysia 1975/76, Barita Publishing, Kuala Lumpur, S. 321 f.

lein kein Hindernis für die trennende Chineseness. Viel härter würde es die Chinesen treffen, wenn das bildungspolitische „Weißbuch“ von Professor Nik Abdul Rashid, dem stellvertretenden Dekan der juristischen Fa-

kultät der University Malaya, verwirklicht würde, das den kulturellen Pluralismus in Malaysia aufgehoben sehen möchte zugunsten einer integrierten Kultur, die sich an der malaiischen Tradition orientiert²⁹⁾.

Die Überseechinesen und Politik

Es wurde oft behauptet, daß die Überseechinesen unpolitisch gewesen seien und ihr politisches Engagement erst in jüngster Zeit entwickelt hätten, zu spät, um die Politik ihrer Gastländer noch zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Unpolitisch waren sie keinesfalls, wie dieser Abschnitt zeigen soll, wohl aber blieben sie auf das eigene enge Gesichtsfeld beschränkt.

Die soziale Struktur

Die Chinesen sind bekannt für ihre starken familiären Bindungen. Die Familie ist der Nukleus ihres gesellschaftlichen Lebens. Die chinesische Familie ist streng patriarchalisch organisiert, eine Macht, die nur durch die Clan-Gesetze aufgehoben wird. Die frühe Emigration folgte diesen Clan- und Familienbindungen. In Malaysia können nicht selten ganze Dörfer ihre Abstammung auf denselben Vorfahren zurückführen, und vereinzelt bilden Clan-Gemeinschaften ganze Stadtteile. Die Familie war für die Einwanderer die einzige wirtschaftliche und soziale Sicherheit in dem fremden Land. Darüber hinaus fühlten sie sich ihrer Dialektgruppe verpflichtet.

Diese innere Abgrenzung bewahrte nicht nur die gruppenspezifische Tradition, die das gesamte religiöse und rituelle Leben umfaßte, sondern diente besonders während der frühen Emigration auch zu einem Rückhalt im Ursprungsland, der „zweiten sozialen Verteidigungslinie“³⁰⁾, sollte das Emigrations-Abenteuer schiefliegen. Feindliche Zusammenstöße zwischen den Dialektgruppen waren keine Seltenheit in den Chinese Communities Malaysias und Singapurs im 19. Jahrhundert³¹⁾.

Die ersten politischen Strukturen kristallisierten sich aus den Chinese Associations heraus, die jede Gruppe für sich bildete. Diese waren

zu Beginn mehr oder weniger Kommunikationszirkel und nostalgische Reminiszenzen an die Heimat, entwickelten sich später aber zu Sozial- und Schutzgemeinschaften. Gewöhnlich wählten die Dialektgruppen reiche Geschäftsleute an die Spitze der Associations, die für die großen Geldsummen, die sie bereitstellten, sozialen und politischen Einfluß forderten. Auf diese Weise entwickelte sich die Sozialstruktur der Overseas Chinese in Malaysia und Singapur, eine Hierarchie, die sich ausschließlich am Reichtum mißt. Eine darüber hinausgehende soziale Klassifizierung kennt die Unterteilung in die Klasse der Shang (Kaufleute, Händler, Pflanzler und Minenbesitzer) und der Kung (Handwerker, Künstler, Verkäufer, Büroangestellte, Lehrer und Kulis). Erst spät bildete sich eine intellektuelle Schicht heraus, die in der traditionellen Struktur der Chinesen in Malaysia und Singapur erst nach dem zweiten Weltkrieg in der Führer-Liga akzeptiert wurde.

Secret Societies und Triads

Die erste Form der Selbstregierung, die Wahrung von Recht und Ordnung in der Chinese Community, kam mit den Secret Societies, die besonders im 19. und frühen 20. Jahrhundert entstanden. Die lokalen Autoritäten, und so auch die Kolonialherren, waren mit dieser Lösung recht einverstanden, die ihnen die Verantwortung abnahm. Als Intermediär fungierte der Kapitan China, meist ein Abenteurer mit Ansehen und Reichtum. Die wohl schillerndste Figur in Malaya war Yap Ah Loy, der im Auftrag des Sultans von Selangor und der Briten in der jungen Zinn-Minen-Stadt Kuala Lumpur um 1857 für Recht und Ordnung sorgte³²⁾.

Es wird allgemein angenommen, daß die Secret Societies ihren Ursprung in den Triads hatten, jenen religiös orientierten Sekten, die vor Jahrhunderten entlang des Yangtze-Flusses blühten und später zu den erbittertesten Gegnern der Ching-Dynastie zählten³³⁾.

²⁹⁾ New Straits Times, 25. 7. 78, S. 5.

³⁰⁾ Murdock, Social Structure, New York 1965, S. 43.

³¹⁾ Lat Pau, Singapur, 30. 10. 1889, S. 1; Singapore Free Press, 21. 2. 1899, S. 2.

³²⁾ Yen Ching Hwang, The Overseas Chinese and the 1911 Revolution, Kuala Lumpur 1976, S. 11 f.

Die Secret Societies hatten von dort ihren violenten politischen Charakter geerbt und nach Malaya getragen, bis sie der Kolonialverwaltung zu mächtig wurden, die sie um 1890 zu entmachten versuchte. Heute machen die Secret Societies in Malaysia und Singapur nur noch als Banden des organisierten Verbrechens von sich reden, wie nahezu alltäglich Zeitungsmeldungen unterstreichen.

Die Hua-chiao und die Politik Chinas

Immer noch zurückhaltend in Bezug auf eine unmittelbare politische Rolle in ihren Gastländern, konzentrierten sich die Überseechinesen auf das Geschehen im Mutterland selbst. Dies ist um so verständlicher, als viele der Hua-chiao noch nicht von einem permanenten Verbleib im Nanyang überzeugt waren. Wie viele Chinesen im Mutterland, so hatten auch die Überseechinesen ein Interesse daran, die ihnen wohlgesonnene Ming-Dynastie wieder auf den Thron zu setzen. Die Herrschaft der nomadischen Manchu (seit

1644) über die genuinen Han-Chinesen hatte zu starken anti-Manchu-Bewegungen in China selbst und im Nanyang geführt. Als sich die ersten Revolutionsbewegungen um Dr. Sun Yat-sen scharten, die schließlich den erfolgreichen Sturz der Manchu und die Gründung der Republik (1911) bewirkten, waren die Überseechinesen die tragende Säule dieser Revolution. Sie gewährten die entscheidende finanzielle Hilfe und engagierten sich persönlich über die Tung Meng Hui (die vereinigte Liga) in Singapur und Malaysia. Führer der dortigen Chinese Communities waren darüber hinaus an der Planung der Revolution beteiligt.

Dieser einzige unmittelbare Beitrag der Hua-chiao zu dem politischen Geschehen im Mutterland sollte ihnen später wiederholt angelastet werden. Er rückte sie in das Licht einer potentiellen Fünften Kolonne Pekings, obwohl sie weder an der Koumintang-Revolution noch an der kommunistischen Machtübernahme einen Anteil hatten³⁴⁾.

Die Chinesen in der Politik Malaysias und Singapurs

Waren bisher die Chinese Chambers of Commerce die Träger der internen Politik der Auslandschinesen, der Reichtum das einzige Symbol der Macht, so sah das 20. Jahrhundert chinesische Führer, die noch über andere Qualitäten verfügten. Sie hatten sich bewußt als politische Organisation in der Straits Chinese British Association (Chinesen, die in Malaya und Singapur geboren waren) zusammengefunden und waren vorwiegend Universitätsabsolventen mit englischer oder zweisprachiger (englischer und chinesischer) Erziehung³⁵⁾. Zunehmend wurden sie zu Mittlern zwischen den lokalen Autoritäten und der Chinese Community, oft sogar mit Sitz in kommunalen Gremien und als Berater malaisischer Körperschaften. Ihre Rolle festigte sich nach dem zweiten Weltkrieg. Es waren nahezu ausschließlich Chinesen, die in Malaya und Singapur an der Seite der Briten gegen die japanische Invasion gekämpft hatten. Ausschließlich Chinesen bildeten die „Malayan People's Anti-Japanese Army“, die mit starken Guerilla-Einheiten hinter der Front und gemeinsam mit den Engländern die Befreiung Malaysias versuchte.

Im Nachkriegsmalaysia waren die Straits Chinese die Führer einer selbstbewußten, betont nationalistischen Chinese Community, die nach einem festen Platz in der Gesellschaft des Gastlandes suchte, nach einer permanenten Rolle der Chinesen in der Politik. Der Zwang dazu ergab sich um so mehr, als es nach dem Krieg wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Chinesen und Malaien kam, die ihre Ursache in der Emergency (von der noch später die Rede sein soll) hatten, der versuchten Machtübernahme durch die Communist Party of Malaya, die sich ausschließlich aus Chinesen rekrutierte.

Nach dem zweiten Weltkrieg erwachte in Südostasien der Nationalismus. Die Kolonien strebten nach ihrer Unabhängigkeit. In diese Zeit fällt auch die Gründung der ersten politischen Parteien in Malaya. Die Briten begannen ihre Straits Settlements umzustrukturieren, um sie auf die Unabhängigkeit vorzubereiten. Als neues Staatsgefüge schlugen sie eine Malayan Union vor, in der die Chinesen gleiche Rechte haben sollten, und die die Macht der Sultane einschränken sollte. Diesem Plan widersetzten sich die Malaien. Sie gründeten eine nationalistische malaisische Partei, die United Malays National Organisation, UMNO, die mit den Briten über eine

³³⁾ Wyme, *Triads and Tabut*, Singapur 1941, S. 9.

³⁴⁾ Yen Ching Hwang, a. a. O., S. XVII—XXVI.

³⁵⁾ Somers Heidhues, a. a. O., S. 53 f.

Gründung einer Malayan Federation verhandelte. Schließlich gaben die Engländer dem Druck der Nationalisten nach. Die Malayan Federation wurde 1948 Wirklichkeit, und damit fiel die Einflußnahme über die Staatsbürgerschaft den Sultanen zu. Die Malaien wirkten darüber hinaus den Ausschluß Singapurs aus der Föderation und verhinderten dadurch eine chinesische Mehrheit.

Um jetzt politisch für die Chinesen zu retten, was noch zu retten war, formten die Chinesen die Malayan Chinese Association, bisher ein Sozialverein für zwangsumgesiedelte Chinesen (siehe Emergency), in eine politische Partei um (1949). Die intellektuellen Führer der MCA waren sich bewußt, daß die zunehmende rassistische Polarisierung zwischen Malaien und Chinesen deren Chancen in Malaya auf lange Sicht beeinträchtigen werde. Sie suchten die Zusammenarbeit mit der UMNO. Ihr Gründer, Dato Onn, der Vater des heutigen Premiers, scheiterte jedoch bei dem Versuch, die UMNO auch für Nicht-Malaien zu öffnen. Moderate malaiische Politiker setzten allerdings eine Allianz durch, die 1952 zum ersten Mal die Kommunalwahlen von Kuala Lumpur als UMNO-MCA-Einheitspartei ausfocht. Später erweiterte sich die Allianz um den Malayan Indian Congress, MIC. Gemeinsam verhandelten die drei malaysischen Rassen nun mit den Briten über den Zeitpunkt der Unabhängigkeit.

Als Voraussetzung zur Gewährung der Unabhängigkeit verlangten die Briten allerdings, daß sich die drei Rassen über den politischen Proporz in einem selbständigen Malaya einigen sollten. Unter anderem sollte den Chinesen die Staatsbürgerschaft eingeräumt werden.

Nach dem Zensus von 1947 zählten die Chinesen 38 Prozent und die Malaien zusammen mit nicht-malaiischen eingeborenen Rassen knapp unter 50 Prozent. Wäre Singapur zu diesem Zeitpunkt in der Föderation gewesen, hätten die Chinesen die Majorität gehabt. In den ersten Bundeswahlen, noch vor Merdeka, dem Unabhängigkeitstag (1957), die die Engländer zur Vorbereitung der Regierungsübergabe 1955 abhielten, waren jedoch nur 11 Prozent der Chinesen wahlberechtigt (und 84 Prozent Malaien)³⁰.

³⁰) David Lim, *Economic Growth and Development in West Malaysia 1947—1970*, Kuala Lumpur o. J., Tabellen S. 53—56.

Die nicht-malaiischen Parteien erkaufte sich schließlich ihre Bürgerrechte, indem sie besonderen Privilegien für die Malaien, die Bumiputras, die „Söhne des Landes“, zustimmten. Den Nicht-Malaien wurde auf der Grundlage des jus soli die Staatsbürgerschaft gewährt. Als Gegenleistung akzeptierten sie den Islam als Staatsreligion, die Beibehaltung der Sultane, das Vorrecht der Malaien bei der Postenvergabe im Öffentlichen Dienst und bei der Landverteilung sowie zur gegebenen Zeit Malaiisch als Nationalsprache.

Politische Polarisierung

Mit diesem Kompromiß ging Malaysia am 31. August 1957 in die Unabhängigkeit. Ein Kompromiß, von dem viele glauben, daß er die politische Polarisierung zwischen Chinesen und Malaien zementiert habe: ein Rollenspiel, das den Chinesen die wirtschaftliche Macht zuweist und den Malaien die politische. Und bis zum heutigen Tag konzentriert sich die politische Auseinandersetzung denn auch auf den Ausgleich im Rollenspiel. Radikale malaiische Gruppen, vor allem die PI (auch PIMP), die Parti Islam, fordern eine stärkere Malaiisierung in allen Bereichen von Politik und Wirtschaft. Die inzwischen zahlreichen chinesischen Parteien in der Opposition (26 sind registriert), vor allem die Democratic Action Party, DAP, als stärkste oppositionelle Gruppe, wollen den politischen Einfluß der Chinesen vermehrt wissen, ohne allerdings auf einen Teil ihres wirtschaftlichen Imperiums zu verzichten. Dieser Ausgleich muß dringend herbeigeführt werden, will man eine Wiederholung der Rassenpogrome vom Mai 1969 vermeiden, als Malaien und Chinesen sich blutige Straßenschlachten lieferten, die auf beiden Seiten Millionenschäden an Sachwerten, zahlreiche Tote und Verletzte zurückließen.

Die Malaien sind jedoch zurückhaltend, wenn es um die Stärkung des politischen Einflusses der Chinesen geht. Die Bedrohung ihrer Vormachtstellung während der kurzen Periode, als Singapur (1957 Mitglied des Staatenbundes) mit der progressiven Peoples Action Party, PAP, in die Wahlen von 1964 marschierte, ist noch zu gut in Erinnerung und führte letztlich 1965 zum erneuten Ausschluß Singapurs aus dem Staatenbund Malaysia. Zum an-

deren hegen die Malaien ein tiefes Mißtrauen gegen die politischen Intentionen der Chinesen. In den Augen vieler Malaien sind die Chinesen immer noch die potentielle Fünfte Kolonne des kommunistischen China. Es waren Chinesen, die 1930 die Communist Party of Malaya, CPM, gründeten, die 1948 mit rund 5 000 Mann unter Waffen und weiteren 20 000 Min Yuen, sogenannten sympathisierenden Hilfstruppen, die kommunistische Machtübernahme in Malaya versuchte, die erst 1960 nach der 12jährigen Emergency gebrochen werden konnte. Noch heute verbergen sich in den Grenzdschungeln zwischen Thailand und Malaysia schätzungsweise 3 000 kommunistische Guerillas, überwiegend Chinesen, die starke thai-malaysische Combined Forces binden. In Anbetracht der Tatsache, daß die meisten der chinesischen Oppositionsparteien deutliche Linkstendenzen zeigen, sich zumindest sozialistisch nennen, ist das Mißtrauen der Malaien verständlich, wenn auch übertrieben.

Nach dem offiziellen Zensus von 1975 zählen die Malaien 53 Prozent, die Chinesen 34 Prozent und die Inder 11 Prozent, während der Rest auf sonstige Rassen entfällt. Betrachtet man dagegen den wirtschaftlichen Einfluß der Rassen in Malaysia, so wird die Bevölkerungsstatistik auf den Kopf gestellt. Zwischen 27 und 28 Prozent der Wirtschaft werden von den Chinesen beherrscht, rund 8 Prozent von den Malaien und 54,9 Prozent von Ausländern³⁷⁾. Niemand sollte von diesem Ergebnis überrascht sein, am wenigsten die Gastländer des „Dritten China“. Oft mit den Juden in Europa verglichen, haben sich die Chinesen jene Einkommensquellen ausgesucht, die entweder von den eingeborenen Rassen nicht wahrgenommen wurden, oder sie entwickelten mit der ihnen eigenen Cleverness jene Bereiche, die ihnen ausdrücklich zugewiesen wurden. Durch Gesetze vor allem auf urbane Regionen verwiesen, da der traditionelle Instinkt der genuinen Rassen die Landwirtschaft vor ihnen zu schützen versuchte, übernahmen sie den Handel und das Handwerk, letzteres später in die Industrie überleitend.

Die Kolonialepoche half ihnen wirtschaftlich weiter auf die Beine. Der Rohstoffhandel, der

Die moderaten chinesischen Politiker, durch MCA und Gerekan in der Barisan Nasional vertreten, der Nationalen Front, die inzwischen als Nachfolger der Allianz auf neun Parteien angewachsen ist, bemühen sich denn auch mehr, den status quo der Chinesen in der Politik zu wahren. Die Wahlen von 1978 haben der Barisan, und damit den bedächtigen Politikern eine überzeugende Mehrheit gegeben, ein Zweidrittelmandat für die rassische Einheit. Die ländlichen Chinesen und die niederen Einkommensgruppen der Chinese Community haben allerdings bewiesen, daß sie in der Lage sind, die rassische Polarisierung zu verschärfen. Sie waren es vor allem, die den mehr städtisch ausgerichteten Chinesen in der Barisan, die mehr eine Interessenvertretung der chinesischen Geschäftsleute sind, eine Absage erteilten. Der oppositionellen DAP halfen sie mit 16 Sitzen ins Bundesparlament (1974 nur 9), während die MCA bei 17 Abgeordneten einen Verlust von 3 Mandaten gegenüber 1974 hinnehmen mußte.

Die Hua-Chiao als Wirtschaftsmacht

in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu blühen begann, war für die eingeborenen Rassen ein Feld, das zu beherrschen sie weder die Erfahrung hatten, noch die nötigen Verbindungen. Die chinesische Clan-Gesellschaft verfügte über beide. Und schließlich — um das Kind beim Namen zu nennen — zogen die eingeborenen Rassen, teilweise bis heute, ein Leben der Subsistenz-Wirtschaft einem profitorientierten Engagement vor.

Als die Kolonialherren Monopol-Lizenzen für Im- und Export vergaben, waren es die Chinesen, die über ihre Familienbande die Geldmittel aufbringen konnten. In Malaysia beherrschten sie bald den Kautschuk-Handel und die Gummipflanzungen, den Zinnabbau, seine Verarbeitung und den Export. Als landwirtschaftliche Exporte nach Europa gefragt waren, finanzierten die Chinesen die exportorientierte Produktivitätssteigerung und brachten als Geldverleiher so auch weite Bereiche der Landwirtschaft in ihre Gewalt. Bereits vor dem zweiten Weltkrieg rangierte die chinesische Wirtschaftsmacht in Südostasien unmittelbar hinter der europäischen.

Singapur, 1819 von den Engländern aus einem malaiischen Dorf gegründet und von Chinesen

³⁷⁾ Far Eastern Economic Review, 16. 6. 78, S. 21.

sen besiedelt, wurde zum Umschlaghafen des chinesischen Wirtschafts-Imperiums im Nanjang und ist es mit seiner chinesischen Mehrheit von 75 Prozent bis heute geblieben. Hier etablierte sich der Geldmarkt der Region, der heute in der Lage ist, selbst Regierungskredite zu gewähren.

Als sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts und verstärkt nach dem zweiten Weltkrieg die Wirtschaftsstruktur in Südostasien änderte und Europa nach Investitionsmöglichkeiten suchte, nach billiger Arbeitskraft, um kostengünstig zu produzieren, war es wiederum Singapur mit seiner strategisch günstigen Lage als Hafen, das den Löwenanteil des Geschäftes an sich zog, nicht zuletzt auch wegen der begrüßenswerten Zuverlässigkeit der Chinesen als Partner. Heute beherrschen die Hua-chiao in Südostasien mit einer Gesamtinvestition von 16 Milliarden US-Dollar nach den Auslandsinvestitionen den Markt in Südostasien, den Export und den Import³⁸⁾.

Es wird heute immer schwieriger, exakte Zahlen über das Wirtschaftsengagement der Chinesen in der Region zu erhalten. Nichts wird als größeres Geheimnis gehütet als das Geschäft. Wohl aus Gründen der politischen Brisanz werden immer seltener Statistiken über die Verteilung des Reichtums veröffentlicht. Ältere Zahlen aus Malaya deuten allerdings die Proportionen an. 1947 waren 57 Prozent der Malaien in der Landwirtschaft tätig, fast ausschließlich in Subsistenz-Betrieben, aber nur 30 Prozent der Chinesen, und dies dann in export- oder handelsorientierten Betrieben. Im Zinnbau dominierten die Chinesen mit 70 Prozent (Malaien 19), in der Verwaltung dagegen hatten die Malaien mit 54 Prozent die Mehrheit gegenüber 11 Prozent Chinesen. Eine Einkommensstatistik von 1957 nennt für die Malaien ein Per Capita-Einkommen von 1 150 Malaysischen Dollar und für die Chinesen 1 950 per annum³⁹⁾.

New Economic Policy

Es bedarf keiner Diskussion, um den Sprengstoff hinter diesem Ungleichgewicht bei der Verteilung des Wohlstandes zu sehen. Dies

besonders dann, wenn Armut mit der ethnischen Identität einhergeht. Mehr als 65 Prozent der Malaien leben unterhalb der von der Regierung festgelegten Armutsgrenze — 250 Malaysische Dollar Familieneinkommen im Monat bei durchschnittlich sechs Personen —, in den ländlichen Gebieten sind es gar 89 Prozent der Malaien⁴⁰⁾.

Die Barisan Nasional hat sich darum 1970 auf die New Economic Policy geeinigt. Ihr soziales und wirtschaftliches Ziel ist die Umstrukturierung des Reichstums. Bis 1990 sollen die Malaien mit mindestens 30 Prozent an den privaten Investitionen beteiligt sein (1975 nur 7,8 Prozent). Das wichtigste Werkzeug ist die Industrial Coordination Act von 1976. Dieses Gesetz zwingt alle privaten nicht-malaischen Investoren, 30 Prozent ihres incorporierten Kapitals für Bumiputras zu reservieren, sie im gleichen Umfang am Management und allgemeinen Arbeitskräftemarkt zu beteiligen. Eine harte Restriktion für die Chinesen, die aus der Tradition heraus ihre wirtschaftliche Eigenbrötlei beibehalten wollen⁴¹⁾. Mit dem malaischen Partner in der Geschäftsleitung werden die internationalen Verflechtungen der Hua-chiao durchsichtig und ihre Geschäftsmonopole anfällig.

Die Chinesen haben zunächst mit einem spürbaren Rückgang ihrer Investitionsbereitschaft reagiert und nicht unerhebliche Beträge ins Ausland geschafft. Dies stellt jedoch den Erfolg der New Economic Policy in Frage, die fairerweise nicht auf einer Umverteilung des existierenden Kapitalvolumens besteht, sondern die Angleichung auf das zukünftige Wachstum aufbaut.

Wollen die Chinesen in Malaysia nicht langfristig noch schärfere Restriktionen heraufbeschwören, wobei man an ein Verbot des Kapitaltransfers ins Ausland denken könnte, müssen sie sich schleunigst zumindest wirtschaftlich integrieren. Sie werden einen Teil ihrer Chineseness aufgeben müssen und begreifen, daß ihr Vorsprung an Kapital, know-how und ihr Zugang zum Weltmarkt Allgemeingut der Nation werden müssen, deren Staatsbürgerschaft sie tragen und deren politischen Schutz sie beanspruchen.

³⁸⁾ Asiaweek, 19. 5. 78, S. 32.

³⁹⁾ David Lim, Economic Growth and Development in West Malaysia, Kuala Lumpur, o. J., S. 53 ff.

⁴⁰⁾ E + Z, Malaysias Zeitbombe, Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung, Heft 12/76, S. 20 f.

⁴¹⁾ E + Z, Armut ist eine Rassenfrage, Heft 7/78, S. 8 f.

Die Überseechinesen und Mutterland China

Die Politik Chinas gegenüber den Überseechinesen wechselte durch die Jahrhunderte mit den verschiedenen Regierungen und kann kaum als echte Einflußnahme betrachtet werden, eher als ein Versuch, das in Asien so wichtige Gesicht zu wahren. Für die Manchu(Ching)-Dynastie waren die Emigranten Verräter am Mutterland. Gesetze verboten die Auswanderung. Diese Haltung änderte sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als China sein Interesse am Handel mit Europa entdeckte. Die europäischen Kolonialmächte wiederum waren an billiger chinesischer Arbeitskraft in ihren südostasiatischen Kolonien interessiert. Sie machten gelegentlich die Akkreditierung eines chinesischen Konsuls von der Emigrationserlaubnis abhängig.

In den kommenden Jahren wurde die wirtschaftliche Prosperität des „Dritten China“ allerdings zu einer bedeutenden Einnahmequelle Pekings. Viele Emigranten blieben nur für einige Jahre in Übersee und kehrten dann mit einem finanziellen Polster zurück. Andere, die ihre Familie in der Heimat zurückgelassen hatten, schickten regelmäßig Geld, das die Wirtschaft der Ursprungsprovinzen belebte. Besonders die Koumintang, nachdem sie an die Macht gekommen waren (1927), wußten den Devisenfluß zu schätzen, auf den sie ihre Revolution aufzubauen gedachten.

Zwischen 1914 und 1930 betrug der jährliche Transfer ins Mutterland nach zuverlässigen Schätzungen rund 200 Millionen Chinesische Dollar, 1930 bis 1936 gar 300 Millionen. Zwischen 1934 und 1936 bedeutete dies einen Beitrag zwischen 49 und 129 Prozent zur Deckung des chinesischen Außenhandels-Defizits⁴²⁾.

Auch das kommunistische China war nicht weniger an dem Devisenfluß interessiert. Allerdings kämpfte es ständig mit ideologischen Hürden, um im sozialistischen Mutterland nicht in den Verruf zu kommen, eine Zweiklassengesellschaft des Profites wegen zu fördern. Chun-hsi Wu, in seinem Buch „Dollars, Dependents and Dogma“, schätzt den Transfer von 1964 auf 45 Millionen US-Dollar, davon

allein 15 Millionen aus Hongkong. Während diese Summe unmittelbar in die Kontrolle des Staates gelangt (Handel und Investitionen der Hua-chiao mit und in China), erhalten Angehörige von Überseechinesen nochmals rund 15 Millionen US-Dollar. Zu allen Zeiten waren die Chinesen in Malaysia und Singapur die wichtigsten Geldgeber.

Kompliziert ist die Entwicklung der Staatsbürgerschaftsgesetze. 1909 revidierte die Ching-Dynastie ihre starre Haltung gegenüber den Emigranten und akzeptierte sie als geschichtliche Tatsache. Sie bestand allerdings auf dem jus sanguinis, das alle Chinesen in Übersee, auch die dort geborenen, zu chinesischen ‚Subjekten‘ machte. Die Koumintang ließen schließlich eine Doppel-Staatsbürgerschaft gelten. Dies führte zu Konflikten mit solchen Gastländern, die das jus soli praktizierten und in ihren Grenzen geborenen Chinesen volle Bürgerrechte gewährten. Chou En-lai, anlässlich eines Besuches in Burma (1954), deutete schließlich an, daß Peking auf der Basis von bilateralen Abkommen bereit sei, das jus sanguinis fallenzulassen. 1956 modifizierte Chou En-lai diese Haltung unter Verweis auf Malaysia und Singapur, und gestand zu, daß alle Überseechinesen, die freiwillig eine fremde Staatsbürgerschaft annähmen, von Peking nicht mehr als chinesische Bürger betrachtet würden. Aus China selbst stammt die Schätzung aus dem Jahr 1960, nach der 40 Prozent der ethnischen Chinesen in Übersee noch immer Untertanen Pekings seien. An diese richtete Chou En-lai die Mahnung, die Gesetze und Kultur ihrer Gastländer zu respektieren. Mischehen wurden nicht ausgeschlossen, eine Assimilation lehnte Chou En-lai allerdings ab. Chinesische Staatsbürger in Übersee sollten sich nicht politisch betätigen, sondern ins Mutterland zurückkehren, wenn sie dies wollten⁴³⁾.

Ob nun China in Anbetracht der Vorfälle in Vietnam erneut seine Haltung ändern möchte, bleibt abzuwarten. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, bewertet man den vietnamesisch-chinesischen Konflikt als das, was er ist: eine spezifische Ausnahme mit lokalem Charakter.

⁴²⁾ Chun-hsi Wu, *Dollars, Dependents and Dogma*, The Hoover Institution, 1967.

⁴³⁾ Somers Heidhues, a. a. O., S. 87 ff.

Heinz Brahm, Hans-Hermann Höhmann, Christian Meier: Sowjetische Politik heute. Probleme und Alternativen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/78, S. 3—13

Das Verhältnis der UdSSR zum Westen ist bestimmt von ihrem Selbstverständnis als Weltmacht wie auch von ihrem innen- und wirtschaftspolitischen Zustand. Dies wurde deutlich auf dem Belgrader KSZE-Folgetreffen und im Verlauf der Diskussionen um ein neues SALT-Abkommen sowie im Zusammenhang der MBFR-Verhandlungen.

Die vorliegende Studie unternimmt den Versuch einer Bestandsaufnahme sowjetischer Politik, die zugleich Einsichten in ihre Probleme und Alternativen eröffnen soll. Die Autoren fassen damit eine Reihe von Untersuchungen zusammen, die am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien zu diesem Themenbereich erstellt werden.

Lage und Entwicklungstendenzen der sowjetischen Wirtschaft sind durch enger werdende Wachstumsgrenzen gekennzeichnet. Das Wachstumstempo der UdSSR hebt sich gegenwärtig nicht sehr von dem der meisten westlichen Industrieländer ab. Für die Zukunft stehen vor allem die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften und die anhaltenden Schwierigkeiten, die Produktivität der Gesamtwirtschaft zu steigern, einer zügigen wirtschaftlichen Expansion im Wege. Eine umfassende Wirtschaftsreform ist nicht in Sicht. Der enge Reformspielraum beeinträchtigt nicht nur Wachstum und Effizienz der Wirtschaft. Er bedeutet auch, daß von der Wirtschaft gegenwärtig keine starken Impulse für eine gesellschaftlich-politische Reform zu erwarten sind. Der struktur- und systembedingte Konservatismus der sowjetischen Wirtschaftspolitik wirkt zugleich als konservierendes Element einer autoritären politischen und gesellschaftlichen Ordnung.

Die sowjetische Führung bemüht sich vorrangig, die politische, militärische, wirtschaftliche und ideologische Integration der sozialistischen Staaten Osteuropas zu vertiefen. Dabei sind gleichermaßen integrationsfördernde und integrationshemmende Faktoren zu registrieren. Im Verhältnis zu den USA, dem Hauptkontrahenten in der Weltpolitik, hält die Stagnationsperiode seit 1975 an. Zusätzliche Belastungen erwachsen aus den Kontroversen um die Durchsetzung der Menschenrechte und dem Abschluß eines SALT-II-Abkommens. Trotz intensiver Entspannungsrhetorik lassen die sowjetischen Positionen im bi- und multilateralen Dialog mit den westlichen Staaten wenig Kompromißbereitschaft erkennen. Die militärische Überlegenheit des Warschauer Paktes in Mitteleuropa erhöht sich weiter. Die Risikobereitschaft ist beträchtlich bei der Einflußnahme auf die nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und bei der politisch-militärischen Einmischung in Konflikte dieser Region. Die sowjetisch-chinesischen Beziehungen bleiben auch in der Nach-Mao-Ära so gespannt wie bisher.

Jürgen Dauth: Das „Dritte China“. Die chinesischen Minderheiten in Südostasien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/78, S. 15—29

Vietnams Vorgehen gegen die chinesische Minderheit hat im Frühjahr 1978 erneut die Aufmerksamkeit auf die Rolle der Übersee-Chinesen in Südostasien gelenkt. In allen Gastländern des sogenannten „Dritten China“ stellt man sich die bange Frage, ob die chinesischen Minderheiten eine „Fünfte Kolonne“ Peking werden könnten oder ob sie schließlich doch noch Integrationsbereitschaft zeigen werden. Seit den chinesischen Emigrationswellen Mitte des vorigen und zu Beginn dieses Jahrhunderts erregte ihr rassischer, kultureller und politischer Chauvinismus die Aggressionen ihrer Gastgeber. Obwohl sie heute in den meisten Ländern Südostasiens Staatsbürgerrechte genießen, bilden sie nach wie vor eine in sich abgeschlossene Gemeinschaft, die die wahre wirtschaftliche Macht in der Region darstellt. Die engen Clan-Verbindungen der rund 14,6 Millionen Chinesen in Südostasien haben ein dicht verflochtenes Wirtschaftsimperium aufgebaut. In den meisten Gastländern, so in Thailand, Malaysia, Indonesien, den Philippinen und bis vor kurzem auch in den Indochinastaaten, beherrschen sie vitale Wirtschaftszweige. Politisch verhalten sie sich weitgehend abstinente, stellen jedoch in Malaysia auch den Kern der illegalen kommunistischen Partei. Weitreichende gesetzliche Restriktionen sollen ihren wirtschaftlichen Einfluß einschränken, was jedoch nur teilweise gelingt. Die mangelnde Integrationsbereitschaft der chinesischen Einwanderer führte wiederholt zu Rassenpogromen. Der politische Friede unter den Völkern Südostasiens und den chinesischen Immigranten wird in der Zukunft weitgehend davon abhängen, ob die Chinesen bereit sind, sich in ihren Gastländern wirklich zu integrieren.